

Berliner Volks-Tribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzige Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 867 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1889.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4-spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Nachnahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediente:
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 37.

Sonnabend, den 14. September 1889.

III. Jahrgang.

Der britische Gewerkschaftskongress. II. — Streiks. — Arbeiterhäuschen. — Preußen und die Volksschule. III.

Lassalle. Prolog von Genckell. — Novelle. — Benoit Malon. III. — Die Sünden der Presse. IV. — Die Entwicklung der preussischen Agrarverhältnisse. III.

Die Kreuzbandabonnenten

bitten wir — um das Ausschreiben der vielen Adressen zu ersparen — wo es irgend angeht, vom 1. Oktober an direkt von der Postanstalt zu beziehen.

Die Bestellungen müssen hier vor Monatschluss bewirkt werden und können bei allen Postanstalten des Reiches erfolgen (unter Nr. 867 der Zeitungspreisliste für 1889).

Die Zeitung muß dann bei der betr. Postanstalt abgeholt werden. Gegen 15 Pfg. Aufgeld pro Quartal liefert aber der Briefträger auch frei ins Haus.

Wo Kreuzband aus besonderen Gründen weiter gewünscht wird, erbitten wir umgehende Nachricht; sonst nehmen wir an, daß direkte Bestellung bei der Post erfolgt ist und senden daher vom 1. Oktober ab nicht weiter.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

Zum Kongress der englischen Gewerkschaften zu Dundee.

(Vom 2. bis 6. September 1889.)

II.

psr. London, 10. September.

Wir geben für heute einen gedrängten Bericht über die Verhandlungen des Kongresses und behalten uns vor, in der nächsten Nummer der „Volks-Tribüne“ speziell auf den Hauptpunkt seiner Tagesordnung, die Frage des achtstündigen Normalarbeitstages, ausführlicher zurückzukommen.

Der Kongress hat vielen tausenden eine Ueberraschung gebracht, sie in einen solchen Zustand der Verblüffung, der Erstarrung versetzt, daß sie sich selbst jetzt, nachdem schon verschiedene Tage seit dem Schlusse des Kongresses in's Land gezogen sind, kaum davon erholt haben. Allmählich beginnt diese Ueberraschung dem Gefühl der tiefsten Indignation, der flammendsten Entrüstung zu weichen, das sich bald ganz öffentlich äußern und in energischen Protesten Luft machen wird.

Der Verlauf des Kongresses hat Dinge an's Licht gebracht, die in den Annalen der gesamten Arbeiterbewegung wohl einzig dastehen.

Der trockene Bericht des parlamentarischen Komitees giebt einfach an, daß bei der im Auftrage des letzten Gewerkschaftskongresses über die Frage des Achtstundentages inzwischen vorgenommenen Abstimmung **62 883 Stimmen sich dagegen** und **39 629 Stimmen sich dafür** erklärt haben! Man erfährt nach und nach, wie dieses wahrhaft lächerliche Resultat zu stande gekommen ist, und daß es der Wahrheit direkt ins Gesicht schlägt. Jene Abstimmung hat man zur schamlosesten Farce verurteilt, indem zehntausende von Stimmen geradezu unterschlagen worden sind. Wenn man den hierfür verantwortlichen Personen der einzelnen Unions und insbesondere dem parlamentarischen Komitee den Vorwurf der Nachlässigkeit und Pflichtvergessenheit machen wollte, so wäre das viel zu gelinde ausgedrückt; es liegt hier geradezu ein absichtlicher Stimmenunterschlag, eine direkte Fälschung vor, die auf das Schonungsloseste gebrandmarkt zu werden verdient. Wir werden in der nächsten Nummer den zahlenmäßigen Beweis liefern.

Auf diesem 22. Jahreskongress der Trades Unions hatten sich **210 Delegirte** eingefunden, eine Zahl, die die größte vorher jemals erreichte um 30 überstieg. Vertreten waren im ganzen **885 055 Arbeiter**.

George Shipton, der Vorsitzende des parlamentarischen Komitees, eröffnete am Montag, den 2. September den Kongress mit dem Hinweis auf die „systematischen“ und „böswilligen“ Angriffe, die letzthin nicht bloß auf einzelne Personen, sondern auf die gewerkschaftliche Organisation überhaupt gemacht worden seien. Die Motive derjenigen, sagte er, welche sich ein bisher unerhörtes Benehmen hätten zu Schulden kommen lassen, würden bald offenbar werden. Er forderte alle Anwesenden auf, ihrer schweren Verantwortlichkeit eingedenk, fest zusammenzustehen gegen alle feindlichen Angriffe und auch für die Zukunft einig zu bleiben. Sie wären immer bereit gewesen, gemeinsam im Interesse der Arbeit zu wirken. Niemand würde ein höheres soziales Leben, eine bessere Form der gesellschaftlichen Organisation herzlicher willkommen heißen, als die Trades-Unionisten.

Nachdem Ritchie, der Sekretär des Vereinigten Gewerkschaftsrathes von Dundee, zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt worden war, ging man zunächst dazu über, den freitenden Londoner Dockarbeitern seine volle Sympathie auszudrücken und alle Unions zu nachhaltiger finanzieller Unterstützung derselben aufzufordern. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen und eine Sammlung zu gunsten der Doker sofort veranstaltet.

Broadhurst, als Sekretär des parlamentarischen Komitees, verlas nunmehr den Jahresbericht, in welchem es heißt:

„Wir (nämlich das Komitee) beglückwünschen die Unions in bezug auf die allgemeine Hebung von Handel und Verkehr (V) in dem gesammten Vereinigten Königreich und freuen uns, mittheilen zu können, daß es den Arbeitern in einigen Industriezweigen durch ihre Vereinigung gelungen ist, theilzunehmen an der wachsenden Prosperität. (I)“

Wir hoffen, daß diese Tendenz (I) anhalten und zunehmen wird, aber ohne starke Unions kann dies nur in beschränktem Maße stattfinden. Wenn die Thätigkeit der Trades Unions fehlgeschlagen ist, wie einige glauben machen wollen, dann sollen sie abgeschafft, ihre Mitglieder zerstreut, ihre Streitkräfte aufgelöst werden, und die Arbeiter mögen in der Wildheit des Chaos von neuem die Suche nach den besten Schutz- und Hilfsmitteln beginnen.

Wenn aber, wie wir im Gegentheil glauben, der Trades-Unionismus einen enormen Erfolg gehabt und den Arbeiter dieses Landes in eine bessere Lage versetzt hat, als die, welche die Arbeiter des Festlandes genießen, wo das Gewerkschaftswesen niemals in einer wirksamen Form existirt hat, wenn er die ganze Lage der Arbeit dadurch gehoben hat, daß er sie zu einer bedeutungsvollen Macht in vielen Staatsangelegenheiten machte, in dem er ihr Vertreter in den Departements der Regierung (I) und an entscheidenden Gerichtshöfen (I) gab; wenn die Arbeit hauptsächlich durch die Unterstützung der Gewerkschaften seinen Weg in die Vertretungen der Lokalverwaltung und Erziehungsanstalten gefunden hat, dann erklären wir ohne Zögern, daß der, welcher durch falsche Angaben Zwietracht in unseren Reihen zu säen sucht und dadurch, daß er an die Leidenschaften und Vorurtheile appellirt, ein Feind der Arbeitersache ist.

Dieserjenige, welche Zwietracht in den Unions verbreiten und den Unionismus zu zerstören suchen, indem sie seine hervorragendsten Vertreter heftig angreifen, diese Leute stehen wir nicht an, jedes Vertrauen unwürdig zu erklären, welche demgemäß auch gemieden werden sollten. Während des letzten Jahres sind euer Komitee und besonders euer Sekretär der Gegenstand einer Verleumdung und Entstellung gewesen, welche nur darauf hingielte, die Grundlagen der Gewerkschaften und des Kongresses zu zerstören.

Wir zeigen euch diese Gefahr und enthüllen euch jene Politik. Kein Fortschritt kann gemacht werden, wenn Zwietracht in unserem Lager herrscht, und diejenigen welche ihn schaffen, sind nicht der Gesellschaft erster Männer werth.

Wir legen den Bericht in eure Hände, und von eurer Entscheidung wird es abhängen, ob unsere Trades Unions und ihre Jahreskongresse noch fernere einen wohlthätigen Einfluß auf die Sache der Arbeit haben sollen.“

Mit jenem Hymnus Broadhurst's auf die Lage der Arbeiter vergleiche man die Rede, die **Präsident Ritchie** am folgenden Tage hielt:

„Alle, welche dem industriellen Problem nur irgendwelche Aufmerksamkeit schenken, sind ganz überzeugt von der Thatsache, daß ein Geist des Mißvergnügens beständig in der Klasse der Lohnarbeiter um sich greift. Dem Kongress liegt es ob, die Ursache dieses Mißvergnügens und dieser Unzufriedenheit mit dem jetzigen Stand der Dinge in Erwägung zu ziehen und womöglich festzustellen und ein Mittel vorzuschlagen, damit die Solidarität der Arbeiterpartei aufrecht erhalten werden kann.“

Das Mißvergnügen ist nach meiner Meinung hauptsächlich ungenügender und ungewisser Beschäftigung, der ungleichen Vertheilung der Früchte der Arbeit zwischen Arbeiter und Kapitalist und der immer mehr wachsenden

Schwierigkeit des intelligenten Lohnarbeiters, eine ihm entsprechende Stellung zu finden, zuzuschreiben.

Das Uebel, welches aus dem ersten dieser Uebel entspringt, ist ganz unberechenbar. Im gewöhnlichen Lauf der Dinge ist der ungelernete und untergeordnete Arbeiter der erste, welcher unter dem verringerten Arbeitsangebot leidet, und der letzte, welchem ein steigendes Angebot zu gute kommt.

Die Sozialisten erklären uns freimüthig, daß sich ihre Reihen besonders aus der Armee der ungelerten Arbeiter rekrutiren, und warum? Weil die Gewerkschaften keine direkte Anstalt getroffen haben, sich mit der Lage der ungelerten Arbeiter zu befassen. Sie sind deshalb geneigt, auf die Trades Unions als auf ihre natürlichen Feinde zu blicken.

Beschränkung der Tagesarbeit auf 8 Stunden durch Parlamentsbeschluss ist der ganz allgemein gebilligte Weg, den Arbeitslosen unseres Landes Beschäftigung zu verschaffen. In wenigen Fragen hat die öffentliche Meinung einen so rapiden Fortschritt gemacht, wie in bezug auf die Intervention der Gesetzgebung in der Frage des Arbeitstages. Innerhalb zweier Jahre haben unsere Unions fast gänzlich ihren Standpunkt gewechselt, und die allgemeine Masse ihrer Mitglieder ist ihren Führern weit voraus.“

Dann sagt Ritchie über den Dock-Streik: „Diejenigen, welche das Uebel von London kennen, sprechen mit Bewunderung über das Verhalten der Streiker, aber sie erzählen auch eine ergreifende Geschichte von den schrecklichen Leiden der betroffenen Familien. Dies ist ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit, in welchem die öffentliche Sympathie, wie ich zu sagen wage, vollständig auf Seiten der Arbeiter ist. Würde parlamentarische Eingreifen in einem solchen Falle nicht selbst von Unionisten mit Genehmigung begrüßt werden? Wie kann man solchen Gesellschaften wie diejenigen, gegen deren Gewissenlosigkeit die Dock-Arbeiter kämpfen, anders beikommen? Sie haben gesetzlich kein Gewissen und erfüllen keine ihrer Pflichten als Arbeitgeber; ihr einziges Interesse ist der Dividendenbetrag, der aus den Knochen und Sehnen des Arbeiters ausgepreßt werden kann. — Ich will nicht sagen, daß Läden nur acht Stunden täglich offen sein sollen. Denn dann konnte man auch sagen, daß Eisenbahnen nur acht Stunden im Betrieb sein oder daß Schiffe von 24 Stunden acht müßig bleiben sollten. Nein, eine weitere Anwendung des Ablösungssystems, um den Bedürfnissen der verschiedenen Gewerbe entgegenzukommen, scheint mir die einfachste und wirksamste Methode, alle Schwierigkeiten zu beseitigen.“

Ritchie's Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen und ihm von dem Kongress ein einstimmiger Dank votirt.

Es folgte nun eine erregte Debatte über den Bericht des Parlamentarischen Komitees. Newstead (London) beantragte, die vier letzten Absätze desselben zu streichen, da diese nichts enthielten als eine Reihe von indirekten Angriffen, gemeinen Anschuldigungen und Insulten gegen diejenigen, welche versucht hatten, im Gegensatz zu der reaktionären Thätigkeit des parlamentarischen Komitees und seines Sekretärs die Mäher des Fortschritts vorwärts zu treiben. Nach einer hitzigen Debatte fällt das Amendement mit 142 gegen 18 Stimmen.

Keith Hardie, der Vertreter von 10 000 schottischen Bergarbeitern (auch Deputirter auf dem Marxistischen Kongress zu Paris) stellt zu einem für **Broadhurst** beantragten **Vertrauensvotum** folgendes Amendement:

„Daß dieser Kongress, in Anbetracht der Thatsache, daß ein starkes Gefühl der Entrüstung sich in den Gemüthern der Trades-Unionisten erhebt gegen die Thätigkeit Henry Broadhurst's, Mitglied des Parlaments, da er bei den Wahlen diejenigen, welche „Sweaters“ (ausbeutende Zwischenunternehmer) und schamlose Auspreßer der Arbeit waren, unterstützt hat, da er in Zukunft hierin fortfahren will nach seiner eigenen Erklärung,

und ferner in Anbetracht der Thatsache, daß er zugestandenermaßen Aktien einer Gesellschaft hielt, welche ihre Leute schändlich überarbeitete und unterbezahlte,

erklärt, daß er nicht die geeignete und passende Persönlichkeit ist, als Sekretär des parlamentarischen Komitees der Trades-Unionisten von Groß-Britannien zu fungiren.“

Keith Hardie begründet sein Amendement in ausführlicher Rede und bringt das zahlenmäßige Belastungsmaterial in geradezu erdrückender Fülle herbei und fand als einer der populärsten und angesehensten schottischen Arbeiter eine aufmerksame Zuhörerschaft. In der nun beginnenden Diskussion erfolgte ein wahres Wettbälgen

zwischen den Broadhurst'schen und Shipton'schen Kreaturen mit deren Gegner, bis sich schließlich Broadhurst selbst erhob, um sich zu verteidigen. Mit allgemeinen Redensarten und Sentenzen suchte er sich über die gegen ihn vorgebrachten Anklagen hinwegzubalanzieren, indem er alle diese gewichtigen Thatsachen mit souveräner Verachtung strafe — nicht eine einzige widerlegte er — und suchte die Angriffe auf seine Person und das parlamentarische Komitee zu Angriffen auf die Trades-Unions selbst zu stempeln, wie dies schon der offizielle Bericht that. Anstatt sich die Mühe zu geben, auch nur eine Thatsache zu entkräften, suchte er vielmehr die Motive seiner Gegner in der gemeinsten Weise zu verdächtigen, sie selbst als Agenten der konservativen Tories zu denunzieren. Ein konservativer Delegirter, dessen Namen er nicht nannte, hätte ihm anvertraut, daß die Konservativen entschlossen seien, ihn zu vernichten, weil er seiner (der liberalen) Partei Dienste geleistet hätte. Gegen schreiende Thatsachen wußte er also nichts als elende Verdächtigungen zu stellen. Schließlich appellirte er weinerlich an das Mitleid des Kongresses, der dasselbe ihm auch in vollem Maße gewährte und das Vertrauensvotum mit 177 gegen 11 Stimmen sanktionirte.

Am Mittwoch, den 4. September erfolgte der „Bericht“ des parlamentarischen Komitees über das Vorurtheil der Trades-Unions in bezug auf die **Achtstundensfrage**. Danach hätten nur 33 Gewerkschaften eine Abstimmung eingefordert; 62 883 Stimmen hätten sich dagegen, 39 629 dafür erklärt. Von diesen 39 629 seien 28 489 für Einführung des Achtstundentages durch Parlamentsbeschluss, 12 274 für selbständiges Vorgehen gewesen.¹⁾

Ein Antrag, welcher die energische Mißbilligung des von der Regierung vorgeschlagenen **Saftpflichtgesetzes** aus sprach, wurde einstimmig angenommen.

Threlfall (Southport), brachte den Antrag ein, daß der Kongress das Parlamentarische Komitee beauftrage, im Unterhaus dahin zu wirken, daß die **Bezahlung der Parlamentsmitglieder** aus Staatsmitteln und die **Wahlkosten** aus Gemeindesteuern bestritten werden sollten; daß ferner das Komitee alles in Bewegung setzen soll, um eine weitere **Arbeitervertretung** in dem Parlament, den Gemeinderäthen und anderen Körperschaften zu erlangen. Keir Hardie unterstützte den Antrag und setzt in ausführlicher, mit großem Beifall aufgenommener Rede auseinander, daß das jetzige Parlament nichts sei als eine Körperschaft, welche nur die Interessen der Bourgeoisie vertritt, für die ein Proletariat nicht existirt, und daß die Interessen des Lohnflaventhums nur durch Abgeordnete hochgehalten werden könnten, die aus seiner eigenen Mitte gewählt seien. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Eine Forderung, weitere **Fabrikinspektoren** einzustellen ging am 5. September einstimmig durch; ebenso die Forderung, daß die Zahl aller Fabrikinspektoren mindestens zur Hälfte aus von Arbeitern Gewählten bestehen solle.

Der energische Delegirte John Wilson (Sunderland) der in den beiden letzten Jahren die Matrosen und Schiffsmaschinenheizer Groß-Britanniens in einer 70 000 Mann starken Gewerkschaft organisiert hat, stellt eine Anzahl von Anträgen zum Schutze der **Seelente**, die sämtlich angenommen werden.

Die offizielle Unterstützung der kooperativen Genossenschaften, soweit sie nicht den Zwecken kapitalistischer Ausbeutung dienen, wird gleichfalls allgemein gebilligt.

In betreff der **Arbeiterschuttsfrage** legt Keir Hardie dem Kongress die folgende Resolution vor:

„Daß der Kongress das parlamentarische Komitee beauftrage, weitere Schritte einzuleiten auf Grund folgender Erwägungen:

1. Da der Erlaß von Arbeiterschuttsgesetzen in allen Ländern eine Nothwendigkeit geworden ist, um der industriellen Entwicklung der letzten Jahre zu begegnen, und um die weitere physische und moralische Verschumpfung der Arbeiter zu verhindern, schlägt der Kongress das Folgende als Basis für eine solche Gesetzgebung; vor:
 - a) der **Maximalarbeitstag** soll in allen Gewerben 8 Stunden sein.
 - b) Verbot der **Fabrikarbeit** von **Kindern** unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit junger Personen unter 18 Jahren auf 6 Stunden pro Tag.
 - c) Verbot der **Nachtarbeit**, mit Ausnahme in den Industrien, in welchen beständiger Betrieb eine absolute Nothwendigkeit ist.
 - d) Verbot der **Francoarbeit** in solchen Arbeitszweigen, welche als dem weiblichen Organismus besonders schädlich bekannt sind.
 - e) Absolutes Verbot der Nachtarbeit von Frauen und von jungen Personen unter 18 Jahren.
 - f) Eine **Rast** von wenigstens 36 Stunden hintereinander in jeder Woche.
 - g) Verbot solcher **Industrien** und solcher **Produktionsweisen**, die für die Arbeiter besonders nachtheilig sind.
 - h) Geeignete **Inspektion** der Werkstätten, wo industrielle Arbeit geschieht, die Hausindustrie mit eingeschlossen, durch eine genügende Anzahl von Inspektoren, die vom Staat zu besolden sind, und von denen mindestens die Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen ist.
2. Der Kongress erklärt, daß diese Reformen endgiltig nur auf dem Wege der **Gesetzgebung** zu erreichen sind, obwohl zu ihrer Beförderung viel durch die Initiative der Gewerkschaften geschehen kann; er fordert daher die Arbeiter auf, sich politisch und industriell zu organisiren, um diese Reformen bald zu verwirklichen.

¹⁾ Wir haben schon eingangs darauf hingewiesen, welcher Humpung mit dieser Abstimmung getrieben worden ist. In Uebereinstimmung mit der allgemeinen Ansicht über das Resultat derselben hatten wir in der vorigen Nummer angegeben, daß die Majorität sich zu Gunsten des Achtstundentages entschieden habe. Dies müssen wir dahin modifiziren, daß diese Angabe zwar der Wahrheit entspricht, daß aber die Abstimmung in haarsträubender Weise verhungt worden ist. Wir werden das in der nächsten Ausgabe der „V.Tr.“ klarlegen.

3. Der Kongress erklärt es für eine Pflicht aller Arbeiter, die schweizerische Regierung in ihrem Bestreben, einen **internationalen Kongress** der Regierungen der Welt herbeizuführen, um internationale Verträge zum besseren Arbeiterschutz zu formuliren, nachdrücklich zu unterstützen.

4. Der Kongress billigt den Vorschlag, am 1. Mai 1890 **einen allgemeinen Feiertag** zu machen, um Versammlungen zu Gunsten des Achtstundentages abzuhalten.“

Keir Hardie weist darauf hin, daß dies eine der von dem Pariser Kongress angenommenen Resolutionen sei. — Es wird vorgeschlagen, über den Punkt a erst abzustimmen, wenn das volle Resultat der Abstimmung der Gewerkschaften vorliege. Dies wird angenommen, die übrigen Punkte der Resolution werden mit 75 gegen 49 Stimmen **abgelehnt**.

Eine Resolution welche die **Einwanderung fremder Arbeitskräfte** verhindern soll, wird in der Fassung angenommen, daß sie sich nur auf fremde Paupers (gänzlich Mittellose) beziehen soll (was wohl völlig gleichbedeutend mit Arbeiter ist).

Eine allgemeine Einführung des Achtstundentages wird am 6. September endgiltig mit 88 gegen 63 Stimmen abgelehnt, dagegen seine Einführung unter den **Bergarbeitern** einstimmig angenommen, ebenso wie ein Antrag zu Gunsten der **„Nationalisirung“** des **Grund und Bodens**.

Am Schluß des Kongresses wurden Broadhurst und seine Leute wieder in das parlamentarische Komitee gewählt. Nach der Annahme einer Resolution, gemäß welcher das parlamentarische Komitee alle Mittel aufbieten sollte, um internationale Gewerkschaftskongresse zu befördern und so ein Band zwischen den Arbeitern und Arbeiterinnen Großbritanniens und des Kontinents herzustellen, ging der Kongress am Sonnabend, den 7. September, auseinander.

Der nächste Jahreskongress soll 1890 in Liverpool stattfinden.

Ueber Streiks.

Die Streiks und die Sozialdemokratie.

□ Aus unserem letzten Aufsatze unter der Ueberschrift „Nügen die Streiks den Arbeitern?“ in welchem wir klar legten, daß die Arbeiter mit wiederholten Ausständen die Unternehmer mürbe machen können, hat eine Reihe kapitalistischer Blätter — an der Spitze die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ — die Folgerung gezogen, es wäre daraus der Beweis zu entnehmen, daß es sich bei den Ausständen nicht um Lohnverbesserungen für die Arbeiter sondern um Angriffe auf die Staats- und Gesellschaftsordnung handele.

Wir müssen zugestehen, wir sind an manche Auslegung und Verbreitung durch die Presse unserer Gegner gewöhnt, aber diese ist denn doch etwas sehr kühn.

Weil wir gezeigt haben, daß ein öfter wiederholter Streik die Unternehmer zwingt, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, ihnen zur Erreichung ihres Zweckes, die Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, nützlich ist, sollen wir zugegeben haben, daß die Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht der Zweck der Ausstände ist! Das verstehe wer will. Es gehört zu solch einer Behauptung die ganze Unehrllichkeit, die unsere Gegner der Sozialdemokratie gegenüber öfters anzuwenden pflegen.

Der Lohnkampf ist eben ein Kampf, ein bitterer und ernsther Kampf. Unsere anarchische Wirtschaftsordnung hat — leider — keine Mittel, hier regelnd einzutreten, an Stelle des Kampfes ein gesetzmäßiges Recht zu setzen. Die Arbeiter haben ohne Zweifel das verbürgte Recht und auch die Pflicht, den Kampf mit allen gesetzlichen Mitteln zu führen. Eines dieser gesetzlichen Mittel ist die **Arbeitseinstellung**. Mit derselben beabsichtigen sie ganz natürlich, die Unternehmer zum Bewilligen der Arbeiterforderungen zu zwingen, während die Unternehmer alles in ihren Kräften stehende thun, um den Ausstand für sie siegreich zu beenden. Die Unternehmer sind in der Regel die Stärkeren in diesem Kampf und es stünde um die Bewilligung der Arbeiterforderungen sehr schlecht, wenn die Stellung der Unternehmer nicht den schwachen Punkt hätte, daß öfters wiederholte Ausstände sie mürbe machen und sie zwingen, die Forderungen der Arbeiter nach günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erfüllen.

Nur wer ungünstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter als nothwendig für die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung hält, kann aus dem Umstand, daß die Arbeiter durch wiederholte Streiks die Unternehmer mürbe zu machen suchen, um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten, einen Angriff auf die Staats- und Gesellschaftsordnung herleiten.

Wir nehmen aus diesem uns gemachten Vorwurf die Gelegenheit, einmal klar zu machen, wie die Sozialdemokratie zu den Streiks eigentlich steht und nothwendig stehen muß.

Eine Verbesserung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter ist ohne Zweifel auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung denkbar, ja es ist durch Erfahrung bewiesen, daß solche Verbesserungen erreichbar sind, ohne daß Staats- und Gesellschaftsordnung, wie sie heut bestehen, darunter gelitten haben. Die Streiks wollen die Staats- und Gesellschaftsordnung durchaus nicht ändern. Noch kein Streik ist uns bekannt geworden, in welchem Forderungen auf Abänderung dieser Staats- und Gesellschaftsordnung gestellt sind. Mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit, Abschaffung der Alfordarbeit, Zurückweisung von Uebergriffen der Unternehmer in die bürgerlichen Rechte der Arbeiter, das sind

bis heut immer die Zwecke gewesen, die man durch Streiks zu erreichen gesucht hat und die man öfters auch erreicht hat.

Die Sozialdemokratie behauptet bekanntlich, eine gründliche Besserstellung der Arbeiter ist auf Grund der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht möglich, sie muß gründlich umgeformt werden. Die Sozialdemokratie müßte den Streiks also, da diese auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung stehen, da sie weiter nichts als Forderungen der heutigen anarchischen Wirtschaftsweise sind, läßl und ablehnen gegenüber stehen.

Es möchte wohl bekannt sein, daß ein Theil der Sozialdemokraten, und nicht der schlechteste derselben, bis ganz vor kurzer Zeit auch einen solchen Standpunkt eingenommen hat, und daß vielleicht ein kleiner Theil ihn noch einnimmt.

Die Sozialdemokraten haben aber in ihrer großen Mehrheit eingesehen, daß der sogenannte Lohnkampf, wenn er auch nicht zur gründlichen Besserung der Lage der Arbeiter zu führen vermag, doch diese Lage einigermaßen zu verbessern, oder sie vor Verschlechterung zu schützen wohl fähig ist. Nun kommt dazu einerseits, daß die Sozialdemokratie einen möglichst widerstandsfähigen, geistig und körperlich gut entwickelten Arbeiterstand wünschen muß, weil sie erfahrungsmäßig aus einem solchen vorzüglich die treuesten, überzeugtesten und thätigsten Anhänger bezieht, während der durch die Last der mechanischen Arbeit und durch die Noth verthierte Arbeiter höchstens einmal bei der Aufregung einer Wahl-agitation zur thätigen Mitwirkung zu bewegen ist, in der Regel aber gefühllos in seinem Elend dahin leibt, und andererseits der Sozialdemokratie jede Regung der Selbstständigkeit der Arbeiter ebenso angenehm sein muß, wie sie den Anhängern der heutigen anarchischen Wirtschaftsweise, in welcher die Arbeiter als die Schwachen nur als Ausbeutungsmaterial mitzählen, durchaus unangenehm sein muß.

Rechnet man hierzu noch den Umstand, daß die Sozialdemokratie, wenn auch keine reine Arbeiterpartei, doch eine solche ist, die ihre Hauptkraft aus dem Arbeiterstande zieht, also zu den sachlichen Gründen auch einen mehr persönlichen Grund hat, sich hier, wie überall, wo die Interessen der Arbeiter in Frage kommen, voll und ganz auf die Seite der Arbeiter zu stellen, so wird man leicht begreifen, welches die Stellung der Sozialdemokratie zu den Ausständen sein wird. Sie wird sie stets begünstigen, wenn der Kampf irgendwo entbrannt ist, sie wird dabei immer auf der Seite der Arbeiter stehen müssen, sie wird immer wünschen, daß die Arbeiter siegen, und diesen Sieg begünstigen. Sie wird sich aber sehr hüten, jemals den Arbeitern die Lehre zu predigen, die Ausstände wären ein Mittel zur gründlichen Verbesserung der Lage der Arbeiter, sie wird niemals Ausstände hervorrufen, weil ihr sonst der Mißerfolg zur Last gebracht werden würde.

Wo in einer Gewerkschaft Sozialdemokraten in größerer Zahl vorhanden sind, da sind sie, das werden selbst unsere Gegner ernstlich nicht in Abrede stellen, immer die aufgewecktesten, begabtesten, thätigsten Mitglieder der Gewerkschaft, deshalb fällt ihnen die Führerschaft von selbst zu. Öftmals nicht deshalb, weil sie Sozialdemokraten sind, sondern obgleich sie Sozialdemokraten sind; man kann sie nicht entbehren.

Einen großen Nutzen ziehen die Sozialdemokraten aus den Lohnkämpfen durch die Schuld der Gegner. Bei der schon öfters von uns gekennzeichneten Taktik unserer Gegner, sich die Mühe des Beweisens oder Widerlegens dadurch vom Halbe zu schaffen, daß sie einfach jede ihnen unbequeme Regung der Arbeiter als „sozialdemokratisch“ denunziren und diese Denunziation besonders der Lohnbewegung, dem Streben der Arbeiter nach günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenüber mit blinder Wuth gebrauchen, weil den kapitalistischen Kreisen diese Lohnbewegung besonders verhaßt und unbequem ist, dadurch weisen sie die Arbeiter geradezu an uns, an die Sozialdemokraten, sie machen dem Arbeiter klar und begreiflich, daß er nur bei den Sozialdemokraten eine Unterstützung seiner Forderungen findet, daß alle anderen Parteien diesen Forderungen, so gerecht sie auch sein mögen, durchaus feindlich entgegen stehen. Mit dieser Thätigkeit unserer Gegner können wir nur sehr zufrieden sein. Der heutige Feldzug gegen das Vereinigungsrecht der Arbeiter, mit der Behauptung unterstützt, der Lohnkampf wäre eine sozialdemokratische Veranstaltung, nützt uns sicher, so sehr, daß wir gerne die Lügen und Verdrehungen dabei mit in den Kauf nehmen, ohne uns sonderlich über dieselben zu erbosen.

Nur zu! Ihr wollt es schlecht mit uns machen, aber siehe da, ihr habt unsere Sache gefördert!

Wozu das „Arbeiterhäuschen“ gut ist.

Die Sozialdemokratie hat bekanntlich stets darauf hingewiesen, daß der Besitz eines kleinen eigenen Hauses oder eines Stüdes Feld für den Arbeiter im Lohnkampfe, in der Erreichung besserer Lebensbedingungen nur hinderlich ist. Der „freie“, d. h. von jedem Besitz entblößte Arbeiter kann jederzeit wenn ihm anderswo günstigere Arbeitsverhältnisse winken, seinen Wohnsitz wechseln. Der „Hausbesitzer“ ist in der freien Bewegung, in der Ausnützung günstiger Konjunkturen stets gehemmt: er muß erst seinen Besitz veräußern, ehe er fortziehen kann, und er wird das meist nur zu einem Schleuderpreis vermögen — besonders wenn neben ihm noch viele Arbeitskollegen in derselben Lage sind, wenn also gerade in der kritischen Zeit (z. B.

eines Streiks) ein Massenangebot von „Häuschen“ und „Gärtchen“ erfolgt.

In anderen Fällen wieder verfällt die auf das Haus bisher angezahlte Summe, wenn in der Abzahlung eine längere Stöckung eintritt — wucherische „Abzahlungsgeschäfte“ giebt es ja auf allen Gebieten, nur hat man gegen manche Arten von großkapitalistischer Seite nichts einzumenden — der Streik aber bringt diese Stöckung fast nothwendig mit sich.

Das „Arbeiterhäuschen“ wirkt also wie eine pekuniäre Bestrafung des Streiks, des Kontraktbruchs u. s. w., es hält durch drohende Verluste von der freien Bewegung ab.

In der „Nordb. Allg. Ztg.“ vom 10. d. M. finden wir das ganz offen eingestanden. Es heißt da:

Man konnte dort (im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier) nämlich deutlich bemerken, wie der allgemeine Streik bei denjenigen Zechen zuletzt ausbrach und am ersten bei ihnen beendigt war, deren Belegschaften zu einem großen Theil aus solchen Vergleuten bestehen, die ein kleines Eigenthum, entweder nur ein eigenes Häuschen mit Garten, oder auch nur etwas Acker dazu besitzen.

Im Essener Bezirk, wo theils von Alters her der Bergmannsstand eine solche Ansfähigkeit überkommen hat, theils die Zechen- und Betriebsverwaltungen Einrichtungen geschaffen haben, vermittelt durch ihren Arbeitern der Erwerb von Haus und Acker erleichtert wird, brach nicht nur im allgemeinen der Streik zuletzt aus und wurde zuerst beendigt, sondern man will auch beobachtet haben, wie mit dem Grade der Ansfähigkeit der Vergleuten bei den einzelnen Belegschaften deren Geneigtheit, den Geboten der Streikführer zu folgen, zu- und abnahm.

Mit dieser Beobachtung würde übereinstimmen, daß es verhältnismäßig lange dauerte, bis sich die Bergarbeiter im Saargebiet dem allgemeinen Streik anschlossen, obwohl sie von allen Seiten in dieser Richtung bearbeitet wurden. Dort hat bekanntlich der Bergismus besondere Fonds zur Disposition, welche den Vergleuten die Ansfähigkeit zu erleichtern bestimmt sind, und ist seit einer längeren Reihe von Jahren ein nicht unerheblicher Theil der Belegschaften zu Besitzern ihrer mit etwas Acker ausgestatteten Wohnhäuser gemacht worden.

Auch von anderer Seite, wo man den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter als einen Uebelstand empfindet, hat man empfohlen, die Neigung zur Sachfingerei zc. dadurch zu dämpfen, daß man den Arbeitern Gelegenheit bietet, ein kleines Besitzthum zu erwerben.

Wenn aber sowohl die industriellen wie die landwirtschaftlichen Verhältnisse darauf hinweisen, die Sehaftigkeit des Arbeiterstandes zu befördern, indem man dem einzelnen Gelegenheit schafft und erleichtert, Eigenthum zu erwerben, so dürfte diese Angelegenheit für wichtig genug erkannt werden, um ein **initiatives Eingreifen**, sei es der **kommunalen Verbände**, sei es des **Staates** zu rechtfertigen.

Hat der Staat also bisher bei Streiks dem Kapital nur Polizei und Richter zur Verfügung gestellt, so soll er in Zukunft dem Kapital auch noch Arbeiterhäuschen und ähnliche „kleine Besitzthümer“ zu Hilfe senden.

Bisher sind derartige Projekte schon oft empfohlen, aber nirgends in großem Maßstabe verwirklicht worden. Sollte es jetzt anders kommen, so würde man freilich sehr bald wiederum die Erfahrung machen, daß „auch das nichts ist“.

Preußen und die Volksschule.

IV.

In einer Rede zum Sozialistengesetz¹⁾ verglich Bismarck einmal die Sozialdemokratie mit dem verschleierte Gesicht des Propheten von Chorassan, von dem sich die arbeitenden Klassen mit Entsetzen abwenden würden, wenn der Schleier gefallen. „Wenn sie es sehen würden, würden sie davor erschrecken, sie würden ein Leichengesicht erblicken.“

Nun, ein Leichengesicht haben auch wir erblickt, aber nicht nachdem wir den Schleier vom Gesichte der Sozialdemokratie genommen — denn sie trägt keinen — wohl aber nachdem wir dem preussischen Staate seine volksbildungsfördernde Maske vom Gesichte gerissen haben. Und die Beispiele, welche wir zur Veranschaulichung der schrecklichen Verwahrlosung, in der sich die preussische Volksschule befindet, in dem letzten Artikel beigebracht haben — sie könnten wir noch bis in das unendliche vermehren, denn es sind keineswegs vereinzelte abnorme Zustände gewesen, welche wir dem Leser geschildert, sondern nur die gereinigten Früchte des herrschenden Systems auf dem Gebiete der Volkserziehung.

Fährwahr, ein Leichengesicht! Die Schulräume sind überfüllt und schlechter als die Ställe, die Kinder ermattet, die Lehrer erdrückt von der Unzahl ihrer Schüler, die Unterrichtspläne sind mit Religionsstunden überladen; ja und tausende von Kindern wachsen noch ohne jeden Unterricht auf wie die Thiere des Waldes.

Und doch, wen kann dieser Zustand Wunder nehmen? Nur den, der in der ideologischen Anschauung befangen ist, als sei es dem Staate wirklich um die Verwirklichung eines Bildungsideals zu thun. So „doktrinär“ ist aber ein Staat niemals gewesen. Wenn die Kinder auf dem Felde Rüben ausziehen oder zum Jäten verwandt werden, so kommt den Schloßbaronen und Krantjunkern das Resultat dieser Thätigkeit viel werthvoller vor, als wenn sie von dem meist sehr verhassten Schullehrer in „allerlei unnützem Quark“ unterrichtet werden.

Und so lange der Gesichtspunkt dieser Herren der maßgebende ist, so lange sie das Heft in den Händen haben und nach ihren „Ansichten“ die Gesetze machen, so lange ist auch keine Hoffnung vorhanden, daß die skandalösen Zustände in der Volksschule durch eine gründliche Reform beseitigt werden, daß ein einheitliches Volksschulgesetz erlassen wird. Das wäre ja Selbstmord der herrschenden Klasse, und wer möchte glauben, daß sich das kapitalistische

Junkertum den Dolch der Volksbildung mit eigener Hand in's Herz stoßen würde? Nein, jeder Reform sieht nun einmal das nackte Interesse, das schrankenlose Profitstreben — oder wollen wir uns „gebildet“ ausdrücken wie die vornehme Bourgeoisie — die patriotische Rücksicht auf die nationale Wohlfahrt und der besonnene, Gesetz und Ordnung liebende Sinn unserer Rittergutsbesitzer und Fabrikherren als Todfeind gegenüber! Rückschritt, nicht Fortschritt ist die Parole!

Wie das Proletariat in seinen wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen gehemmt und lahm gelegt wird, so wird auch die Schule des Proletariats, die Volksschule, in ihrer Entwicklung zurückgehalten. Hier wie überall laufen die Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie einander schnurstracks zuwider und so lange die kapitalistischen Interessen herrschen, so lange kann mit der Volksbildung und der Reform der Volksschule nicht begonnen werden.

Es ist nöthig, sich dies Abhängigkeitsverhältnis fortwährend vor Augen zu halten, und den Irrthum vieler Leute zu zerstören als wäre es geboten, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat erst dann anzustreben, wenn es in der Volksschule „gebildet“ und „erzogen“ sei. Denn die Sache ist gerade umgekehrt.

Die ganze Geschichte des preussischen Volksschulwesens liefert hierfür den Beweis.

Denn anstatt auf Fortschritt stoßen wir überall auf Rückschritte.

Die Zahl der Volksschulen z. B. ist zwar von 1822 bis 1882 von 21 150 auf 33 040 gestiegen. Aber sieht man genauer zu, so steht hinter diesen Zahlen kein Fortschritt, sondern ein gewaltiger Rückschritt. Denn während die Bevölkerung von 1822 bis 1882 sich im Verhältnis von 100:235, die Zahl der schulpflichtigen Kinder sich in dem von 100:304 vermehrte, wuchs die Zahl der Volksschulen in demselben Zeitraum nur im Verhältnis von 100:156. Würde heute nur noch ein gleiches Verhältnis zwischen der Zahl der schulpflichtigen Kinder und derjenigen der Schulen bestehen, so könnten wir uns gratuliren; dann müßten wir nämlich statt 33 040 Volksschulen 62 148¹⁾ haben. Wollten wir uns also in dem Bewußtsein gehoben fühlen, seit 1822 in dieser Beziehung keinen einzigen Schritt weiter gekommen zu sein, so müßten wir 1882 29 108 Schulen mehr besessen haben, als wir thatsächlich hatten.

Ähnlich verhält es sich mit den Lehrkräften. Wie schon im vorigen Artikel nachgewiesen wurde, fehlt nicht nur für jede Schule durchschnittlich ein Lehrer, es ist sogar die Aussicht vorhanden, daß durch die Abnahme der Seminaristen es in Zukunft überhaupt nicht möglich sein wird, die Zahl der heute vorhandenen Lehrer und Lehrerinnen zu erhalten.

Die Erscheinung, daß immer weniger junge Leute sich dem Lehrerberuf widmen, hängt wiederum mit dem heutigen Charakter der Volksschule zusammen. Die Bourgeoisie, die von dem Prinzip ausgeht, daß die vom Proletariat geschaffenen Werte und aufgebrauchten Steuern nur ihren — der Bourgeoisie — Interessen dienlich gemacht werden dürfen, hat kein Geld für die Erziehung des Proletariats übrig oder verwendet dafür doch nur so viel, wie sie in ihrem eigenen kurzfristigen Interesse verwenden muß. Oder besagt es vielleicht etwas anderes, wenn der jährliche Zuschuß aus allgemeinen Mitteln für den Studenten auf der Universität 464 Mark, der für den Gymnasiasten 80 Mark, der für das Proletariatskind in der Volksschule aber nur 18 Mark beträgt, als daß die Bourgeoisie alles für sich nimmt und das Proletariat mit einem Bettelpfennig abfindet?

Und dabei bedenke man, daß das Proletariatskind höchstens 7—8 Jahre die Schule besucht, den Staat also nur **126—144 Mark** kostet, des Sohn des Besitzenden aber 12—14 Jahre auf dem Gymnasium und 4—5 Jahre auf der Universität zubringt, also einen Staatszuschuß von mindestens **3000—3500 Mark** erhält.²⁾

Infolge dieser ungerechten Vertheilung der Geldmittel für die Lehranstalten der Besitzenden und des Proletariats, ist die materielle Stellung der Volksschullehrer eine tief traurige.

Selbst der erzreaktionäre Rektor Grünwald beklagt sich in seiner unlängst erschienenen Broschüre³⁾ darüber, „daß der größte Theil der Landlehrer sich den Lebensunterhalt theilweise erst auf dem Acker verdienen muß“, und an einer späteren Stelle entschließt ihm sogar das erbauliche Geständniß, daß es der größte Theil des Einkommens der Volksschullehrer ist, den sie sich durch landwirtschaftliche Arbeiten verdienen müssen.

Es ist klar, daß die Aussicht auf eine solche Misere alle intelligenten jungen Leuten abhalten muß, sich dem Beruf eines Volksschullehrers zu widmen, und daß die Lehrer, die unter solchen Verhältnissen zu existiren gezwungen sind, unmöglich ihre ganze Kraft dem anstrengenden Unterricht einer großen Schülerzahl widmen können.

Zwar hat man in der letzten Zeit vielfach von Gehaltsaufbesserungen gesprochen und sich den Anschein gegeben, als führe der Volksschullehrer ein wahres Paradiesleben. Nichts desto weniger aber hat Dr. Lütting in einem umfangreichen Buche⁴⁾ den Beweis geliefert, „daß trotz aller in den letzten Jahrzehnten zu Gehaltsaufbesserungen ver-

wandten Summen die materielle Lage vieler preussischer Lehrer seit einigen Menschenaltern viel trauriger geworden ist.“

Auch der ehemalige Präsident der Unterrichtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses, Herr Geh.-Rath und Professor Rudolf von Sneyt hat gleichfalls ein in dieser Beziehung sehr interessantes Geständniß abgelegt. Er sagt nämlich⁵⁾ Der Verlauf der Behandlung der Volksschule zeigt einen Mangel an ausdauerndem Willen in dem Maße, daß aller Anläufe ungeachtet die ökonomische Grundlage der Elementarschule über den Standpunkt von 1794 — wo das allgemeine Landrecht erdirt wurde — nicht hinausgekommen ist. „Es giebt nur eine Probe für den ernsten Willen, der Volksschule zu helfen: diese Probe liegt in dem Entschlusse, Geld für die Volksschule zu schaffen.“

Nun, wie wir gesehen haben, hat die herrschende Klasse diese Probe nicht bestanden, im Gegentheil hat sie mit allen Kräften danach gestrebt, die Volksschule ihres demokratischen Charakters zu berauben und sie zu einem Instrumente umzugestalten, mit dem sie die berechtigten Bestrebungen des Proletariats niederhalten kann.

Aber wie die Bourgeoisie in ihrem blinden Eifer und kurzfristigen Interesse nichts thun und unternehmen kann, was nicht für das Proletariat ein direkter Nutzen wäre, so auch hier. Ihre Profitshaserei ließ es nicht zu, den Volksschullehrer angemessen zu besolden. Auch ihn wollte sie ausbeuten. Aber anstatt sich damit zu nützen, schädigte sie sich. Dadurch, daß sie den Volksschullehrer zum Proletariat machte, trieb sie ihn dem Sozialismus in die Arme; denn heute schon befindet sich ein großer Theil der Volksschullehrer in unserem Lager. Es ist das eine Thatsache, die unsere Gegner mit Wuth und Entsetzen erfüllt, aber von ihnen nicht einmal bestritten wird. Die proletarisierten Volksschullehrer nun verbreiten als die berufenen Agitatoren das „Gist“ der sozialistischen Idee in dem heranwachsenden Volk und vermehren damit die Masse des seine Klassenlage begreifenden Proletariats.

Das Vorhandensein dieser Thatsache ist den Gegnern auch nicht entgangen und aus diesem Grunde sehen viele lieber monarchisch gefinnte Unteroffiziere als aufgelockerte und pädagogisch gebildete Lehrer angestellt. Schon Herr Geh.-Reg.-Rath Eilers⁶⁾ Mitglied des berühmten Ministeriums Eichhorn beklagt sich über talentvollere Seminaristen. Er schreibt einmal:

„Es gebrach ihnen an derjenigen bescheidenen, frommen und freudigen Auffassung ihrer Verhältnisse und Aufgaben, ohne welche ein Volksschullehrer nimmer zur Zufriedenheit und nützlichen Wirksamkeit gelangen kann.“

Die Natur und das Wesen dieser Seminarbildung brachte zunächst ein bitteres und scharfes Gefühl der Unzufriedenheit mit äußeren Verhältnissen, Wohnung, Befolgung, Schulstunden, häuslichen Sitten zc. mit sich. . . . In Dörfern, wo Lehrer standen, die nicht im Seminar gebildet waren, habe ich meistens herzliches Einverständnis der Väter und Mütter mit denselben getroffen.

In den Kenntnissen waren freilich die Kinder solcher Schulen nicht so gefördert, als in den Schulen der in den Seminarien gebildeten Lehrer; ich muß aber aufrichtig gestehen, daß mir der Nachtheil des sonstigen Einflusses der wissenschaftlich mehr gebildeten Lehrer den Vorteil der Kenntnisse weit zu überwiegen scheint. Denn ich bin überzeugt, daß die Volksschulen zunächst auf den Glauben an die geoffenbarten Wahrheiten des Christenthums — dann auf Bescheidenheit in den Ansprüchen des Genusses — zuletzt freilich auch auf diejenigen Kenntnisse, welche zur menschlichen Bildung gehören, hinarbeiten haben. Eine Mutter, die mir einmal sagte: „der alte Lehrer, der den Katechismus bloß habe aufhängen lassen, sei ihr lieber gewesen als der neue, vornehme, der aus sich selbst allerlei hinzurede“, traf meine eigene, innerliche Ueberzeugung!“

Wie ergreifend tönt uns aus diesem Erguß des Geh.-Reg.-Rathes die Sehnsucht nach jenen herrlichen Zeiten entgegen, wo noch der Lohndiener der Gemeinde, der Bediente des Dorfpfarrers, oder gar ein invalider Korporal und verjoffener Student der Theologie den Kindern den Katechismus einbläute! Aber die Zeiten, wo sich der Lauf der Dinge ausschließlich nach den Interessen der Bourgeoisie richtete, sind unwiederbringlich dahin! Heute wagt sie nicht einmal mehr die Erziehung zur „Bescheidenheit in den Ansprüchen des Genusses“ als Aufgabe der Volksschule hinzustellen und den Unterricht in den elementaren Fächern als ihr letztes Ziel zu bezeichnen. Obgleich sie innerlich noch die Ansichten des Geh.-Reg.-Rathes Eilers hat, offen und frei spricht sie dies nicht mehr aus. Ja sie getraut sich nicht mehr das Bildungsbedürfnis der arbeitenden Klassen durch Anstellung verkommener Subjekte als Lehrer zu verhöhnen.

Und es ist interessant zu sehen, daß in den Städten wo das Proletariat organisiert und aufgeklärt ist, es auch bessere und tüchtigere Lehrer in den Volksschulen hat, als auf dem Lande, wo es noch nicht zur Erkenntniß seiner Lage gekommen ist. Je mehr also das Proletariat erstarkt, an Macht und Einfluß gewinnt, desto größer werden die Konzessionen sein, welche es der herrschenden Klasse abringt.

Und diese kommen auch den Volksschullehrern zu gut. Mögen diese nicht vergessen, daß es das Proletariat gewesen ist, welches sie aus ihrer tiefen sozialen Stellung herausgehoben und ihnen Achtung und Ansehen verschafft hat. Auf dem Lande, wo kein organisiertes Proletariat hinter dem Lehrer steht, ist er noch heute die Zielscheibe junkerlichen Spottes, das Opfer junkerlicher Brutalität. Der Volksschullehrer hat keinen besseren Freund, keinen treueren Beschützer als die arbeitende Klasse, nur sie kann und wird ihm eine materiell gesicherte wie sozial geachtete Stellung verschaffen.

¹⁾ R. v. Sneyt „Die Selbstverwaltung der Volksschule“ S. 9.
²⁾ Eilers „Zur Beurtheilung d. Ministeriums Eichhorn“ 1889.

¹⁾ Rede in der Sitzung des Reichstages vom 9. Oktober 1878. Zweite Lesung des Sozialistengesetzes.

¹⁾ Die Berechnung ist nach den Angaben des Jahrbuches für die amtliche Statistik des preussischen Staates, V. Jahrgang, 1888, gemacht.

²⁾ Jahrbuch für die amtliche Statistik d. preuss. Staates Bd. V, 1883.

³⁾ Grünwald „Der Kampf gegen die sozialistischen Ideen der preussischen Volksschule.“ Berlin, 1889.

⁴⁾ Dr. Lütting „Geschichte des Rückschrittes in der Dotation der preussischen Volksschule“.

Die Zukunft des Volksschullehrers hängt von der des Proletariats ab. Dessen möge er stets eingedenk sein und bei den Wahlen danach handeln!

Ein entdecktes „Komplot“.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche die Arbeiterblätter hauptsächlich zu dem Zwecke durchschnüffelt, um ihren Kostgängern den tagtäglichen Kohl hin und wieder mit einer fetten Ente in Gestalt einer Denunziation gegen die Sozialisten serviren zu können, erpindert in der „Volks-Tribüne“ vom 31. August mit gewohntem Scharfsinn eine günstige Gelegenheit sich wieder einmal gründlich zu blamiren.

Jene Nummer der „Volks-Tribüne“ brachte nämlich unter dem 27. August aus London die Nachricht, daß infolge des hartnäckigen Widerstandes der Dock-Direktoren gegenüber den streikenden Arbeitern bereits von einem Generalstreik die Rede sei, und am 30. August Abends erhielt man in der That in der Wilhelmstraße die Depesche von der Proklamierung eines Manifestes, welches die Londoner Arbeiter zum Generalstreik aufforderte.)

Das ist nun für die „Norddeutsche“ ein unbezahlbarer Fund. Sofort konstatiert sie triumphierend, daß die Berliner Sozialisten eher um den bevorstehenden Generalstreik wissen, als er in London überhaupt proklamiert ist! In demselben Athemzuge „kombinirt“ sie weiter, daß somit der ganze Streik eine abgekartete Sache, ein von der internationalen Sozialdemokratie angezettelt Komplot sei und läßt diplomatisch fein durchblicken, daß dies für die englischen Behörden eine prächtige Gelegenheit sei, die deutschen Sozialisten in London, die offenbar die Hand im Spiele haben müssen, beim Kragen zu nehmen oder sie aus dem Lande hinauszukomplimentiren.

Vergebene Liebesmüh! In England hat man sich glücklicherweise noch nicht zu dem Standpunkt emporgeschwungen, einen Streik, selbst wenn er planmäßig in Szene gesetzt sein sollte — was der gegenwärtige nicht war — zu einem Staatsverbrechen zu stempeln.

Das Beste kommt nun aber noch!

Der Berliner Korrespondent der Londoner „Daily News“, welcher die beneidenswerthe Pflicht hat, täglich an seinem Morgenkaffee den Norddeutschen Kohl zu verschleppen, ist einfach „baff“ über die schaurigen „Entwicklungen“ und läuft spornstreichs zum Telegraphenamte, um seiner Patronin in der Themsestadt, dem liberalen Weltblatt und Gladstone'schen Leiborgan, die Schreckensmähr brühwarm zuzubehalten!

Der geehrte Herr scheint seine englischen Zeitungen ebenso schlecht zu lesen, wie er die deutschen Reptilien nicht zu schätzen weiß. Denn die englischen Blätter, voran die reaktions- und sensationslüchigen „Evening News and Post“, eine würdige Kollegin der Berliner „Post“, brachten lange vor dem Erscheinen des Manifests die Nachricht, daß die Streikenden offen damit drohten, den Generalstreik veranlassen zu wollen, um dadurch auf die Dockgesellschaften einen stärkeren Druck auszuüben. Als derselbe am 30. August wirklich proklamiert wurde, handelte es sich also bloß um die Verwirklichung einer Maßregel, die längst erwartet und gesüchtet wurde. Davon weiß der Mann der „Daily News“ natürlich nichts, und ihr selbst fällt es gar nicht ein, ihn zu dementiren.

Dieses Ergaplitalistenblatt weint jetzt — wach rührendes Schauspiel — die arbeiterfreundlichsten Krokodilstränen, weil es nämlich mit dem Chorus der englischen Zeitungen mithulen muß, und findet das Spiel der Dockgesellschaften mit den armen Arbeitern „schändlich“. Freilich nur anstandshalber; denn in Wirklichkeit ist das Blatt mit der „Nordd. Allg.“ ein Herz und eine Seele, und ein geheimes sozialistisches Komplot käme auch ihr gerade recht.

Schnitzel.

„Keine Macht der Welt ist stark genug, sich zwischen Millionen Menschen und ihr Recht zu stellen, das jene mit ernstem Willen erstreben.“

Daniel O'Connell

im Kampf um die Emanzipation der Katholiken in England.

Hätte die Natur so viele Gesetze als der Staat, Gott selbst könnte sie nicht regieren.

Börne.

Es läßt sich berechnen, daß die Spitzbuben weit mehr Vortheil von der bürgerlichen Gesellschaft ziehen, als die ehrlichen Leute.

Börne.

1) Eine verfehlte Maßregel, die noch am selben Tage glücklicherweise zurückgenommen wurde.

Die Sophisten des Militarismus und des Nationalbunkels haben zu jeder Zeit den Krieg als einen sittlichen Juchmeister gepriesen.

Für innerlich schon verlotterte Völker, denen ihr Tyrann äußere Motion (Bewegung) machen muß, mag diese Behauptung, wie schon Aristoteles andeutet, eine traurige Wahrheit sein. Da heißt es Gift gegen Gift! Revolution im Völkerverleben gegen innere Revolution!

Dennoch kann niemand verkennen, daß der Krieg der höheren Kultur tausendfach schadet. Er ist dem humanen, idealen Streben feindlich und bringt einen hegelhaft brutalen Nationalegoismus, der sich als „Nord-Patriotismus“ breit macht, zur Herrschaft. Er schwächt den Freiheitsinn der Völker, erzieht sie für die innere Knechtschaft. Er häßelt einen blutdürstigen Nationalstolz voll von fürchtbaren Gefahren, erschüttert die Achtung des Rechtes . . . , erweckt die Raubthiertriebe in civilisirten Menschen wieder, zerrüttet den Nationalwohlstand; durch das Schuldenwesen in seinem Gefolge leistet er der Gelbögardie Vorschub und wird Juchtschule von zahllosen anderen Neuerungen privater und öffentlicher Unsitlichkeit.

Er beugt nicht einmal den Chauvinismus des besiegten Volkes, sondern macht den Rachedurst zum einzigen Hebel, um der Zerstückung, der es nur dem Sieger zum Nutzen verfällt, Einhalt zu thun.

Wis zur Erschöpfung aller Völker erzeugt ein Krie, den anderen, und in jedem wird die Gesamtheit mehr oder weniger dem Spiel des Zufalls preisgegeben. Der Staat, der den Krieg zum Selbstzweck macht, negiert die Nationalexistenz der anderen Völker, die er besiegt, und seine eigene, indem er diese dem Spiel des Zufalls und der Gewalt anheimgibt.

Schäffle, L. L. Minister a. D.

Politisches und Sozialpolitisches.

In den letzten Wochen und Tagen haben in verschiedenen irischen Distrikten wieder massenhafte Ausweisungen von Pächterfamilien stattgefunden. Mit Hilfe von Polizei und Militär ersüchten die Exekutivbeamten die elenden Hütten der armen Leute, warfen die Insassen, gleichviel ob jung oder alt, ob gesund oder krank, auf die Straße und machten dann die „eroberten“ Behausungen dem Erdboden gleich.

Auch auf der britischen Post scheint das Briefgeheimnis nicht „so heilig zu sein, wie die Bibel auf dem Altar“. Zwar bestritt kürzlich der Generalpostmeister Kailles dem irischen Abgeordneten Sexton gegenüber, daß ein Brief, den der Präsident der Vereinigten Staaten an Sexton in dessen Eigenschaft als Lord Mayor von Dublin sandte und der geöffnet in Sexton's Hände gelangte, auf der britischen Post verlegt sein könnte. Aber es ist bei dieser Gelegenheit festgestellt worden, daß es Herrn Barnell schon lange nichts neues mehr ist, eröffnete Briefe zugesellt zu erhalten, und das Herr Campbell, der Sekretär Barnell's, welchem der sogenannte Barnell-Ausschuß tagte, eine große Anzahl seiner Briefe nicht nur eröffnet, sondern oft auch zwei oder drei Tage zu spät zu erhalten gewohnt ist.

In Karlsruhe beschloß eine äußerst stark besuchte Arbeiterversammlung, bei den badischen Landtagswahlen durch Abgeben von weißen Zetteln Protest gegen das herrschende System zu erheben. Als dieser Beschluß als Resolution der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verkündet werden sollte, wurde die Versammlung aufgelöst.

In einer Uebersicht über die Zusammensetzung des Berliner „Mollenmarktes“ lesen wir über die politische Polizei: „Diese in Verbindung mit der Kufficht der Presse und das riesig angewachsene Vereins- und Versammlungswesen bedarf ausgebehnter Büroräume. Diese Abtheilung steht unter Leitung des Reg.-Raths Dr. Schütte, welchem 2 Regierungsräthe, 3 Regierungs-Assessoren und 1 Polizei-Hauptmann zur Seite stehen, die Exekutive wird unter dem Polizei-Direktor Krüger von 1 Polizeirath und 9 Kriminalkommissarien ausgeübt. In dem Bureau der politischen Polizei sind allein 25 Bureau-beamte dauernd beschäftigt. — Ganz gewaltig ist auch das Arbeitsfeld der I. Abtheilung, welche die allgemeine und landespolizeiliche Verwaltung bearbeitet und unter dem Ober-Reg.-Rath Friedheim steht. In dieser Abtheilung allein sind beschäftigt 7 Regierungsräthe, 3 Regierungs-Assessoren und 1 medizinischer Hilfsarbeiter und in den 5 gesonderten Büreaus dieser Abtheilung 5 Vorsteher und ca. 100 Beamte.“

Selbstmordstatistik in Frankreich. Wie in ganz Europa, so zeigt auch in Frankreich die Zahl der Selbstmorde eine beständige Zunahme. Von 1882—1877 hat sich ihr Verhältnis von 15 auf 21 für je 100 000 Einwohner gesteigert.

Das Genossenschaftswesen in Belgien. Durch die von Ansele 1886 geschaffene sozialistische Arbeitervereinigung „Boornit“ in Gent, hat er die kooperative Bewegung in Belgien in Fluss gebracht. Seitdem sind 135 kooperative Genossenschaften entstanden. Belgien, welches 1878 nur 13 kooperative Genossenschaften hatte, hat heute deren 179, von denen sich 53 mit der Beschaffung von Lebensmitteln, 24 mit der Kreditvertheilung, 36 mit der Brodbäckerei befassen; darunter befinden sich 18 Genossenschaften, welche selbst produziren und 15 landwirthschaftliche Syndikate.

Gewerkschaftliches, Versammlungen.

Arbeiterinnenbewegung. In Halle a. S. fand am Montag voriger Woche in der Moritzburg eine Frauenversammlung statt, in der Frau Threr über die „wirthschaftliche Lage der Frauen“ referirte. Die Versammlung nahm eine Resolution im Sinne des Referats an. Auch wurde eine Kommission aus Frauen gewählt, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen Halles zu untersuchen hat. Die außerordentlich stark besuchte Versammlung zeigte das lebhafteste Interesse für die Arbeiterinnen-Bewegung.

Die für Feig bestimmte Versammlung wurde auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes verboten; eine solche für Raumburg durch Abtreiben des Saales illusorisch gemacht.

Fachverein der Papierarbeiterinnen und Verwandter Berufsgeoffnungen. Große Versammlung am Dienstag, den 17. September, Abends 8 Uhr in Lehmanns Lokal, Schwedterstraße 23. Vortrag der Frau Marie Greifenberg. Gäste, Damen und Herren, haben Zutritt.

Große öffentliche Versammlung für alle in der Bekleidungsbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen am Montag, den 16. September, Abends 8 Uhr, Belfortstr. 15 (an der Prenzlauer Allee).

Große öffentliche Schuhmacherversammlung. Montag, den 16. September, Abends 8 1/2 Uhr in Grinders Salon, Schweinitzstraße 13.

Fachverein der Tischler. Die Aufstellungen des Vereins sind zur Entgegennahme der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder jeden Sonnabend von 8—10 geöffnet, und zwar befindet sich Zahlstelle I Friedrichsbergerstr. 25 bei Christen; II Stolzigerstr. 107 bei Kunstmann; III Belle-Allianceplatz 6 b. Hülsherr; IV Jionskirchplatz 11 bei Hohn; V Bülowstr. 52 bei Böhlund; VI Mariendorferstr., Ecke Solmsstr. bei Schmidt; VII Dresdenerstr. 116 bei Wendt, daselbst befindet sich auch der Zentral-Arbeitsnachweis des Vereins; VIII Lüberde- und Thurmstr. Ecke bei Jahnke. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich. Der Nachweis ist geöffnet an Wochentagen von 8 1/2—9 1/2 Uhr, Sonntag Morgens von 8 1/2—11 Uhr.

Freie Vereinigung der Zuschneider, Stepper und Borrichter Berlins. Sonnabend, den 14. Sept., Abends 8 1/2 Uhr, Alte Jakobstr. 83: Versammlung.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler, G. H. in Hamburg, Sonnabend, den 14. d., im Restaurant Weddingpark, Müllerstraße 178, Sommerfest und Ball. Konzertanfang 4 Uhr Nachmittags. Kinderbelustigung, Rafflelochen, Preisfesten für Damen u. Villets sind zu haben bei dem Vollmächtigsten Herrn Fr. Kleinert, Daldorferstraße 19, v. 3 Tr., Kassirer F. Giseheit, Chausseestraße 63 v. 3 Tr. und am Sonnabend in den Zahlstellen bei Hering, Müllerstraße 184, Fennstraße 4 a. Krüger, Baderstraße bei Hasse, Ruheplatzstr. und Antonstr. Ecke, Heising, Dranienburgerstraße 52 bei Kiefer.

Großes Sommerachtsfest am Sonnabend, den 14. September 1889 veranstaltet von der Freien Vereinigung der Maurer Berlins im Schweizergarten am Friedrichshain.

Literarisches.

Der Textil-Arbeiter. Organ zur Werbung der Interessen der Weber, Wirker, Färber, Spinner, Bandwirker, Stricker, Polamentirer, Sticker, Raschmacher, Seiler, Handschuhmacher u. eent. Offizielles Organ der Krankenkasse der Weber, Wirker u. s. w. (Sitz Chemnitz) und des Wirkerverbandes. Der Abonnementpreis des Organs soll pro Exemplar 60 Pfg. vierteljährlich betragen, durch die Post bezogen 75 Pfg. Die Filialen erhalten bei Bezug von über 50 Exemplaren besonderen Rabatt. Der Infektionspreis beträgt pro 1 gespaltene Korpuszeile 10 Pfg. Probenummern gratis durch den Verlag: J. Walther's Buchdruckerei, Burgstädt in Sachsen.

Allgemeine Dachdeckerzeitung. Organ für die Gesamtinteressen der Dachdecker Deutschlands. Erscheint monatlich zweimal am 1. und 15. Preis per Quartal 75 Pf. Direkt unter Kreuzband bezogen: Preis per Quartal 85 Pf. Verantwortlicher Redakteur: B. Radwiy, Berlin, Wollinerstr. 7. Verlag, Expedition und Inseratenannahme: Fritz Hanke, Berlin N., Jionskirchplatz 3, IV. — Ferner zur Nachricht, daß die „Protokolle des 1. Deutschen Dachdecker-Gesellen-Kongresses“ fertig im Druck erschienen sind beim Vorstehenden, B. Radwiy, Berlin N., Wollinerstr. 7, gegen Erstattung des Betrages, à Stück 10 Pfg., zu haben sind.

Briefkasten.

Expeditionszeit: 1/9—1 Uhr, 3—7 Uhr.

Weimar. Sendungen müssen Donnerstags eintreffen. Freitags liefern wir das Blatt bereits für auswärts zur Post. In nächster Nummer.

Berliner Abonnent. Es ist manchem Expeditur zu unständlich, ganz allein die „Volks-Tribüne“, womöglich viele Stockwerke hoch, auszutragen. Der Expeditur aber, der sowieso Sonnabends früh schon eine tägliche Zeitung bringt und nun gleich beide auf einmal abgeben kann, nimmt gern den Redenverdienst mit, der ihm auch nicht einen Schritt Mehrlauferei macht. Man sichert sich also prompteste Zustellung, wenn man dem Volksblatt- u. Expeditur auch die „Volks-Tribüne“ übergibt. Beim Umzug läßt sich das, wo nicht alles geklappt hat, am leichtesten regeln. Nur mache man das gleich und nicht erst in letzter Stunde.

Versammlungsberichte. Wir können auch die kürzesten Berichte nur dann bringen, wenn etwas für die Arbeiterfrage Bedeutsames und Neues passiert ist: wie Streikerklärung, Gründung einer neuen Organisation u. s. w. Ueber die gewöhnliche Geschäftsabwicklung bringen die Tageblätter jeden Tag mehreren Spalten, also gerade genug. Wollten wir das auch so handhaben, so hätten wir 12—18 Spalten Vereinsberichte allein aus Berlin und im ganzen stehen uns nur 20 Spalten zur Verfügung. Wir nähren durch Artikel über wichtige gewerkschaftliche und politische Fragen auch den Vereinen viel mehr wie durch lange Berichte.

Arbeiterverein. Warum kein Inserat? Der Antrag zu inseriren ist doch in Ihrem Verein gestellt und auch angenommen worden.

Wirksame Agitation! Gesehene Nummern der „Arbeiterblätter“ wirft man nicht weg, sondern sendet dieselben unter Kreuzband, mit einer 3 Pfennig-Marke versehen, abwechselnd an verschiedene unserer Bewegung angehörige Personen.

Fachverein der Tischler.

Heute, Sonnabend, 14. Sept., Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. „Niedergang des Kleingewerbes.“ Ref.: Th. Glöck.
2. Diskussion.
3. Werkstattangelegenheiten. Die Kollegen der Werkstatt von Krüger, Friedrichstr. 44, Hecht und Schmidt, Elisabethufer 11, sowie Trost, Dresdenerstraße sind hiermit eingeladen.
4. Vereinsangelegenheiten. Fragelasten. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

Der Vorstand.

Berliner Arbeiterbibliothek. Heft 6:

Die Hausindustrie in Deutschland.

Ihre Entwicklung, ihre Zustände und ihre Reform.

Von Paul Kampffmeyer-Genf.
(32 Seiten: Preis 15 Pf.)

Inhalt: Handwerk und Hausindustrie. — Proletariat und Hausindustrie. — Zwischenarbeiter, Trachsystem und Hebervertheilung. — Die heutigen Zustände und Nothstände. — Statist. — Nothwendige Reform. — Die Hausindustriellen und die Arbeiterpartei.

Von 10 Exemplaren an hohe Preisermäßigung.

Zahlreichen Bestellungen entgegennehmend

Expedition der „Berliner Volks-Tribüne“,
Berlin SO., Dranienstraße 23.

Für Nowawes und Neuendorf

nehmen Abonnements auf die „Berliner Volks-Tribüne“, die „Nordwacht“, den „Wahren Jakob“ u. s. w. entgegen:

Hermann Bathe, Wilhelmstraße Nr. 33,
Julius Franke, Louisestraße 47,
Wilhelm Seidel, Lindenstr. 25.

Sozialdemokratischer Leseklub

„Lessing.“

Jeden Montag, Abends 9 Uhr, Wallstr. 20.
(Restaurant Leonhardt.)

Vorlesung und Diskussion.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Empfehle meinen werthen Freunden und Genossen sowie den Lesern dieses Blattes mein

Cigarren-Geschäft.

Carl Lehmann.

Branntstr. 83, dicht am Humboldthain.

Ferdinand Lassalle.

(Nach dem Prolog zur Feier des 25 jährigen Todestages.)

Er ist nicht todt, der heute ruht. Er lebt.
Der frische Muth, der uns're Brust durchbebt,
Der Stolz der Arbeit, uns'rer Eintracht Ball,
Er lebt, er athmet — Ferdinand Lassalle!
Er redet — hört! Blauk zieht er seine Worte.
Ein Kolbenhieb — auf springt der Zukunft Pforte.

Er predigt Muth, und raslos walt der Brand
Der neuen Vorkämpfer durch der Arbeit Land.
Zwei Jahre nur! Zwei Jahre nur der That
Für uns — gebrochen war der Freiheit Band.
Auf seines Führers Spur in sicheren Säulen
Vordrang das Volk mit seiner Schlagkraft Keulen.

Wir denken deiner, kühner Volkstribun,
Nicht, um beim Kranzgedenken auszuruhn.
Nicht, um dein Ich anbetend zu vergöttern
Und deinen Ruhm in's Schmelzhorn zu schmettern,
Nicht faul zu feiern, prahlend müß'ger Trost,
Wir denken kämpfend deiner, Kampfgenos!

An Wissen reich, gesättigt mit Genie,
Begriffst du, wie das Recht nach Geltung schrie.
Der Leidenschaften schönster Katarakt,
Die Sturzfluth der Idee hat dich gepackt,
Und sturmted schreitend durch Gewalt und Lüge
Rangst du das Recht der jungen Macht zum Siege.

Du siehst abseits. Für uns dein Werk fiel nicht,
Welt drama ward dein Nationalgedicht.
Und keine Grenze kennt — tönt's von Paris —
Die Zeitenwende, die dein Mund verhieß. . . .

Lassalle! Die Zahl, die du begehrst, ist voll,
Von Herz zu Herz glimmt des Volkes Groll.
Breit schwillt die Macht der Streiter im Gefecht,
Das Unrecht bebt, ernst rüstet sich das Recht,
Mit Würde die Entscheidung zu gewinnen
Und des Programms Vollenbung zu beginnen.

Karl Deustell.

Ein trostloses Leben.

Von Volger Drachmann.

Aus dem Dänischen.

Sie waren drei Geschwister; zwei erwachsene Burschen,
Julius und Jakob, und dann das Mädchen: Ane.

Die Eltern waren todt, der Vater auf der See er-
trunken und die Mutter im Beite gestorben — an etwas
„Inwendigem“, hieß es.

Julius und Jakob sichten zusammen im Boote des
Vaters — dem einzigen, was von ihm wieder zum Vor-
schein gekommen war.

Julius glich dem Tordenstjöld auf den Fündhölzchen-
schachteln; er lachte gewöhnlich, ausgenommen wenn etwas
ganz ungewöhnliches Ernst erheischte; und dann lachte er
hinterdrein doppelt, um sich zu entschädigen. Er war
fleißig, schlank, und sprang wie eine Kage bei jeder Arbeit.
Doch, wenn er die Gelegenheit wahrnehmen und sich ein
paar Minuten Ruhe gönnen konnte, sah er, krumm nach
vorn gebeugt, und hielt sich die Seiten, wie ein Mann,
der Magenschmerzen hat. Er lachte über dies oder jenes,
gleichgiltig was, wenn er nur lachen durfte. Seinem
Magen fehlte nichts; er artete dem Vater nach.

Jakob hatte die Mutter beerbt. Er war wortfarg,
verdrossen, zäh bei der Arbeit, schwer zum Lachen zu
bringen. Es war „inwendig“ etwas nicht in Ordnung!
Aber die Nothwendigkeit zwang ihn und trieb ihn an;
die beständige schwere Arbeit härtete ihn ab, die gezwungene
Diät — Fisch und Brei, Brei und Fisch — arbeitete
dem „Inwendigen“ entgegen. Es war dabei kein Hinder-
niß, daß er sich in frischer Luft aufhielt, im Gegentheil;
und der Landdoctor erklärte, daß er ganz alt werden könne,
trotz des schlechten Magens.

Ane hieß sie. Blond, wohlgebaut, gutgewölbte
Brust, feste Hüften, Fischerraffe. Aber sie war auffallend
blaß. Das war auch die Mutter gewesen. Und mit der
Unbefangenheit, mit der man in Bangaa Familienange-
legenheiten bespricht, sagten die Brüder gleich nach der
Konfirmation zu ihr: „Du stirbst wohl jung, Ane!“

Das war der Trost, den sie in die Hauptstadt mit-
bekam, als sie sich dahin begab, um in einen Dienst zu
treten.

Sie kam den ersten Sommer mit ihrer Herrschaft
zurück, welche in Bangaa Sommeraufenthalt nahm. Die
Augen waren etwas matt geworden, aber sie belamen
einigen Glanz, als sie Julius auf die Seite nahm und
ihm eine Photographie zeigte.

„Sieht er so aus?“ fragte Julius, während es in
ihm leise zu glucksen begann.

Es war der Geliebte. Ein Herr in schwarzem Rock,
einen Cylinderhut (er war zu groß gerathen) in der einen
Hand und die andere Hand auf ein Geländer mit Schling-
laub gestemmt, das jeder Stütze zu bedürfen schien, die
es erhalten konnte. Eine nachdenkliche Stellung, halb
Profil, das sehr lange, glänzende Haar mit einem kleinen
Büchel über das Ohr geklämmert; vorne, auf der tiefausge-
schnittenen Weste, hing ein Zwicker an einem breiten,
schwarzen Bande.

„Ist er ein Schauspieler?“ fragte Julius, nachdem
er die Rückseite des Porträts untersucht und darauf eine

Menge Schillinge gefunden hatte, die im Halbkreis um
einen dreibeinigen Holzbod mit einem Kompaßhäuschen
gereiht waren.

„Er ist zur Zeit Kellner!“ antwortete Ane ernst und
fuhr mit der Hand über das Gesicht des Bildes, auf
welchem Julius' Finger einen feuchten Fleck hinterlassen
hatten. „Er wird sich nächstes Frühjahr etabliren.“

„Als Gastwirth?“

„Ja — Restaurateur. Vielleicht bekommt er die
Dampfschiffe, aber es ist nicht sicher. Es bewerben sich
so viele darum, sagte er.“

„Wie heißt er?“

„Ludwig!“

„Nein, ich meine, wie er sonst heißt.“

„Na — Bifferup!“

Julius mußte sich winden vor Lachen. Er war ja
rein zum Sterben — dieser Name. Er war zu lächerlich!

Aber auf den Namen kam es ja nicht an. Ob er
sonst ein guter Mensch sei? — Ja, das sei er. — Was
er ihr gegeben hätte? — Zumeist Geld, nicht sehr viel;
aber wenn er einen Extraverdienst gehabt, hätte sie ihren
Antheil bekommen. — Worin dieser Antheil bestände, ob es
Geschenke wären? — Nein, etwas von den Trinkgeldern;
auch sei sie häufig mit ihm in's Theater gegangen; denn
er liebe das Theater und er könne es später selbst sagen,
und er spreche überhaupt so schön und trinke nicht mehr,
als die Stellung es mit sich bringe und sie wollten
heirathen, so bald er sich etablirt und entweder ein Wirths-
geschäft oder die Dampfschiffe erhalten hätte.

Julius kniff das eine Auge zu, blickte etwas auf die
Seite und fragte die graue Kage, die vorbeistrich, ob sie
vielleicht schon — beisammen gewesen wären?

Ane steckte die Photographie zu sich, ganz ruhig.

„Bist Du närrisch?“ fragte sie. „Da könnte er mich
ja zum besten haben und mich sitzen lassen!“

Im Winter machte der Kaufmann, bei dem Ane
diente, Bankrott. Man war gezwungen, sich einzuschränken,
und das Mädchen mußte zur Unzeit einen Dienst an-
nehmen, wo sie einen solchen bekommen konnte. Sie erhielt
einen von diesen bekannten Kopenhagener Dienstplätzen,
wo die Nahrung aus dünner Fruchsuppe und Mehlspeise
besteht, und wo das Mädchen in einem Loch schlief, das
zu schlecht ist für eine Kumpellammer. Sie begann zu
bemerkten, daß ihre Kräfte schwanden, sie bekam Husten
und Blutbrechen, man kündigte ihr den Dienst.

Sie ging zu ihrem Kellner.

Er verschaffte ihr einen Platz in der Küche einer der
größeren Restaurationen. Es gab Arbeit vom Morgen
bis über Mitternacht hinaus. Sie wurde immer schlechter,
verbarg es jedoch vor ihm. Endlich aber ging sie doch
zu ihm und sagte, sie wolle heim zu den Brüdern — heim,
um in Ruhe zu sterben.

Er blickte sie an und glättete seinen Haarbüchel, indem
er den Kopf auf die Seite legte und den Mund schief zog,
wie der Provinzschauspieler, wenn er tiefe Entmuthigung
ausdrücken soll.

Sie hatte eine ganz aschgraue Gesichtsfarbe und be-
ginnende dunkle Ringe unter den Augen; und dies stand
in einem gar seltsamen Gegensatz zu ihrem starken Körper-
bau und ihren schönen Zügen.

„Ja, Ane,“ sagte er, „Du siehst schlecht aus; sehr.
Aber ich liebe Dich — weiß Gott! so heiß! Glaubst
Du nicht, daß wenn wir ein Geschäft anfangen . . . Da
ist nämlich ein Keller im neuen Stadtviertel, den ich be-
kommen könnte — absehn ich allerdings noch kein Geld
habe!“

Sie sprach hierüber. Sie besah den Keller und er
bestellte die Trauung beim Pfarrer. Aber Ane wurde
immer schlechter und schlechter, und sollte nun in's Spital.

Das wollte sie nicht; dann lieber heim. Das wollte
er nicht. — So mieteten sie den Keller, nahmen eine
halbe Einrichtung auf Abzahlung und hierauf legte sie sich
dort zu Bette und blieb liegen und wurde immer schlechter.

Julius erhielt darüber einen Brief. Er sann über
die Sache einen Tag lang nach und reiste am nächsten
Tage in die Stadt.

Er fand richtig den Keller in einem ganz neuen
Biertel, wo in allen Fenstern „vermietet“ geschrieben
stand; aber Leute gab es hier nicht. Das Wirthslokal
war auch nicht überfüllt. Herr Bifferup sah — bei einem
einzigem Gaste, vor einem frischladirten Schanktisch, mit
der Hand in gedankenvoller Stellung das Kinn stützend.
Er warf sich sogleich dem Schwager um den Hals, was
Julius in einige Verlegenheit brachte; er wußte nicht, ob
er lachen, oder was er überhaupt mit seinem Kopf an-
fangen sollte. Er fragte nun nach Ane.

„Sie ist da drinnen — in ihrer Kammer. Ich habe
die meinige drüben. — Hier ist Dein Bruder, mein viel-
theures Mädchen!“

Sie standen vor dem mit Ocker angestrichenen Bette
in der halbdunklen Kammer; das einzige Fenster derselben
befand sich hoch oben. Es roch nach der nassen Mauer,
nach Hobelspähnen und nach Medizin. Und hier lag Ane
unter einer Decke mit geblümtem Ueberzug; sie gab Julius
die Hand — so eine feuchte, warme Hand — und sie
sah ihn an und er blickte sie an, und er konnte nichts

sagen, und dann sagte er endlich doch: „Na, ihr habt es
wohl gut zusammen?“

Herr Bifferup beugte den Kopf und machte die Stimme
dumpf, und er antwortete: „Ich sorge für alle Pflege, so
gut ich kann; thu' ich es nicht, mein vieltheures Mädchen?“

Und über des ehemaligen Kellners nervöse Züge mit
diesem unbeschreiblichen gebildeten Anstrich glitt ein feiner,
momentaner Ausdruck eines echten Gefühls — so viel sich
eben aus dieser Voraussetzung davon ergeben konnte; und
Ane nickte.

Hierauf ging Julius.

Das letzte, was sie zu ihm sagte, war: „Grüße sie
daheim und sei gut gegen Ruffi (die graue Kage).“

Aber Julius dachte unterwegs beständig darüber nach,
was für ein Kloß er gewesen sei, und daß er nichts von
dem gesagt habe, was er hatte sagen wollen, hingegen
gerade das gesagt habe, was er nicht hatte sagen wollen:
„na, ihr habt es wohl gut zusammen?“

Und als Jakob zu Hause ihn fragte, wie die Sachen
stünden, kamen die Hobelspäne und der feuchte Kall und
die Medizin, und es ekelte ihn davon, während er gleich-
zeitig Ane's Hand fühlte, und er drehte sich um und ant-
wortete hastig und entschieden: „Schlecht!“

Aber zehn Minuten später, als er unten beim Boote
stand, konnte er sich nicht mehr zurückhalten; er mußte
lachen, so ein wenig in sich hinein. Dieser Kellner mit
der feierlichen, tiefen Stimme, mit seiner Umarmung und
mit den langen Künstlerhaaren war doch zu komisch.

Acht Tage darauf war Ane todt.

Herr Ludwig Bifferup kam selbst hinaus und meldete
es. Er warf sich an den Hals — zuerst dem Julius,
den er ja kannte, und dann dem Jakob, der verlegen und
verdrücklich wurde.

Hierauf gingen sie zusammen die Verwandtschaft
besuchen.

(Schluß folgt.)

Benoit Malon.*

Aus dem Leben eines Proletariatsführers.

III.

c-n. Mit der jungen in Frankreich nach der Kommune
entstandenen Arbeiterbewegung, die immer entschiedener
einen sozialistischen Charakter annahm, war Malon noch
während seines Exils in Beziehung getreten.

Raum konnte er in Folge der Amnestie den Fuß auf
den heimischen Boden setzen, so schloß er sich voll und
ganz der Bewegung an, gehörte zu deren hervorragendsten
Vorläufern und Führern und leistete sowohl nach Seite
der aufklärenden Agitation wie der Organisation hin
Treffliches. Die große Beliebtheit, der sich Malon noch
von früher her erfreute und die sich noch steigerte, trug
fast ebenso viel zum Erfolg seiner Thätigkeit bei, wie seine
Befähigung, sein Wissen, seine Energie.

Als die verhängnißvolle aber unvermeidliche Spaltung
zwischen Possibilisten und Marxisten** eintrat, stand Malon
in Folge seiner Auffassung und seines Charakters auf Seite
der ersteren; ja man kann ihm sogar nicht den Vorwurf
ersparen, daß er sich von Broussie in die Intriguen gegen
Guesde hineinziehen ließ. Der Umstand erscheint seitens
eines bis zur weichsten Sentimentalität verfählichen und
toleranten Mannes wie Malon unbegreiflich, erklärt sich
aber zum großen Theil aus seiner eklektischen Auffassung
des Sozialismus, welche die marxistische Theorie für ein-
seitig und unvollständig hält und die ihn im Gegensatz zu
den Vertretern der Schule brachte, deren prinzipielle Un-
beugsamkeit für ihn gleichbedeutend mit Autoritarismus
und Sektarismus war. Broussie's Geschicklichkeit, welche
auf diese Auffassung spekulirte, trug dann das Uebrige
dazu bei, Malon in die Parteizwistigkeiten hineinzuziehen.
Uebrigens zögerte der bekannte Intrigant nicht, nachdem er
Malon's Popularität gegen Guesde und Freunde aus-
gespielt hatte, auch gegen Malon selbst zu intriguen: der
Mohr hatte seine Schuldigkeit gethan, der Mohr konnte
nun gehen.

Die widerlichen Parteizwistigkeiten, mit ihren Ver-
leumdungen und Rabalen haben wesentlich dazu beigetragen,
daß sich Malon in den letzten Jahren mehr und mehr
von dem Parteileben zurückgezogen hat, obgleich dies auch
theilweise auf Rechnung seiner großen Kränklichkeit zurück-
zuführen ist. Jedoch ist unter diesem Zurückziehen vom
Parteileben nicht zu verstehen, daß er trogend abseits in
seinem Zelt sitzt. Nach wie vor ist er ein kämpfender
Sozialist geblieben, und zwar der fleißigsten und geschäftig-
sten einer, nur daß sich seine Thätigkeit ausschließlich auf
das schriftstellerische Gebiet beschränkt und außerhalb jeder
bestehenden sozialistischen Fraktion geübt wird.

Greifen wir in seinem Wirken als sozialistischer
Schriftsteller bis zu seiner Rückkehr nach Frankreich zurück,
so müssen wir zuerst der Herausgabe der „Emancipation“
von Lyon gedenken, an der bekanntlich Malon als Haupt-
redakteur und Mitarbeiter thätigen Antheil nahm — ferner
der Artikel, welche er für den „Proletaire“, das „Prolet-
ariat“, den „Citoyen“ (Bürger) sowie eine Reihe sozia-

*) Sprich: bönoa malong.

***) Vergl. „Berl. Arbeiterbibliothek“ Heft 4: Der Sozialis-
mus in Frankreich (Preis 20 Bfg.).

listischer Eintagsfliegen in Paris und der Provinz lieferte. Zur Geschichte der französischen Arbeiterbewegung nach der Kommune hat er in dem aus zwei Bänden bestehenden Werke „Le Nouveau Parti“ (die neue Partei Band I: die Prinzipien, Band II: die Politik —), sowie in einer Artikelserie, welche in der „Revue Socialiste“ erschienen, reichhaltiges und interessantes, wenn auch vielfach ungeprüftes Material niedergelegt. Die betreffenden Publikationen, von denen die erste genannte 1881 und 1882, die Artikelserie gegen 1887 erschien, geben die intellektuelle und politische Physiognomie der Bewegung recht gut wieder trotz mancher irrtümlicher und parteiischer Auffassung, wie sie seitens eines Mannes unvermeidlich war, der damals mitten im Parteigetriebe stand. — Nebenbei sei übrigens bemerkt, daß die Artikel über den „Kollektivismus in Frankreich“ u. dem Werke: „Le Nouveau Parti“ bedeutend überlegen sind.

1883 erschien das „Handbuch der sozialen Dekonomie“, in den folgenden Jahren eine Reihe von Studien über den „reformatorischen Sozialismus“, den „sozialistischen Katholizismus“, die „Agiotage von 1720—1871“, die „soziale Moral“, „Constantin Pecqueur“ u., von denen besonders die „Agiotage“ als treffliches Werk hervorgehoben zu werden verdient.

In den Jahren 1880—1883 veröffentlichte Malon die Ergebnisse seiner geschichtlichen Studien in der fünf-bändigen „Geschichte des Sozialismus“, ein bereicheres Zeugnis seiner unermüdblichen Arbeit, das jedoch, abgesehen von mannichfachen Irrthümern im Detail, auch den Hauptfehler Malon's scharf hervorhebt: seinen Mangel an Kritik und an einem einheitlichen System, seine bis zur Verschommenheit gesteigerte Breite der Auffassung.

1884 rief Malon von neuem die „Revue socialiste“ ins Leben, deren Hauptredakteur und vorzüglichster Mitarbeiter Malon ist, dessen Auffassung und Entwicklung dem Organ sein ihm eigenthümliches Gepräge aufdrückt. Wir führen aus dem Programm der „Revue socialiste“ — zur Zeit das einzige wissenschaftliche Organ der französischen Sozialisten — etliche Stellen an, weil diese nicht nur für die Zeitschrift selbst, sondern auch für Malon durchaus charakteristisch sind:

„Die „sozialistische Revue“ wird weder das Organ eines Mannes, noch einer Sekte, ja nicht einmal das einer Partei sein; sie soll den Brennpunkt bilden, in dem alle Ideen über soziale Reform und Umwandlung, welche unter dem Druck der politischen und ökonomischen Nothwendigkeiten so tragisch unsere Epoche bewegen, zusammenströmen . . .

Wir wenden uns an alle, welche auf dem Boden der Freiheit und republikanischen Gleichheit arbeiten für die Einführung einer Gesellschaft, welche von Unwissenheit und Elend, den letzten Formen der Leibeigenschaft, befreit ist, für Abschaffung des Gegensatzes der Klassen durch die soziale Organisation der Produktion und der Vertheilung der Reichthümer . . .

Welche Theorie und wäre sie noch so weitgehend, könnte in den Mäßen ihres Eisenweges den zeitgenössischen sozialen Gedanken einschließen und in allen seinen Einzelheiten das so vielseitige Problem des 19. Jahrhunderts lösen? . . . Kann man unseren wissenschaftlichen Relativismus des effektischen Modernismus anklagen? . . .

Genüßliche Sektierer wollen dies nicht zugeben. Für sie ist das Wort „außerhalb der Kirche kein Heil“ zu einem Glaubensartikel geworden, an dem sie streng festhalten. Die Folge davon ist, daß man von Exkommunikation zu Exkommunikation, von Unterabtheilung zu Unterabtheilung dazu kommt, daß die Vorhut der westlichen Revolution demoralisirt und zerstreut wird. . . . Der Sozialismus zählt schon zu viele unter einander getheilte Parteien. . . . Die menschliche Entwicklung ist eins in der Gesamtheit der Dinge und dem Laufe der Zeiten, sie ist vielfach in ihren äußerlichen Rundgebungen. . . .

Wir haben nicht weiter nöthig auf den engen Zusammenhang hinzuweisen, der zwischen der moralischen Entwicklung der Gesellschaften und ihrer ökonomischen Entwicklung besteht, welche gemeinschaftlich die Gesamtheit der sozialen Entwicklung bilden. . . . So wenig wie die Oekonomisten und Moralisten Recht haben, sich den sozialen und ökonomischen Fragen gegenüber gleichgiltig zu verhalten, so wenig haben die Sozialisten das Recht, den philosophischen und moralischen Fragen gegenüber gleichgiltig zu sein.

Diese Integrität ist vom exklusiv sozialistischen Standpunkt aus nicht weniger unentbehrlich, da abgesehen von gewissen veralteten Dingen und Begriffen, welche gegen die historische Strömung ankämpfen, jed es System und jede Partei in dem endlichen Relativismus der Sachen einen Theil von ihnen eigenthümlicher Wahrheit besitzen, die man nicht vernachlässigen darf. . . .

Dem Vorstehenden schließen sich folgende Erklärungen aus der „Einleitung“ zu dem „integralen Sozialismus“ an, welcher im Laufe dieses Jahres in zwei Bänden erscheinen soll, ebenso wie ein anderes größeres Werk „Miscellen aus Philosophie, Politik und Sozialismus.“ . . .

„Die hervorragendsten und wirksamsten Faktoren einer Umgestaltung der Gesellschaft sind die neuen Nothwendigkeiten der Produktion und des Austausches und das Auftreten des modernen Proletariats. . . .

Auf die alten utopistischen Schulen sind bestimmte sozialistische Parteien gefolgt, die nur zu leicht dazu neigen, sich zu sondern, zu verknöchern und die sozialistischen Ziele zu beschränken. . . . Diese Verknöcherung und Beschränkung der sozialistischen Ziele ist, wie ich wohl weiß, eine Nothwendigkeit für die im Kampfe stehenden politischen Parteien. . . . allein sie sollte wenigstens keinen so feindsich abschließenden Charakter tragen. . . . Die sozialistischen Parteien können nicht jede im Einzelnen die Annahme erheben, der ganze Sozialismus zu sein. . . .

Die Pflicht aller Emancipirten ist deshalb vor allem die freie Forschung. . . . der edle Kampf des Gedankens bildet zugleich eine Ablenkung von dem Kampf unter den Personen. . . .

Die Reaktion des modernen Sozialismus gegen die utopistischen Schulen war zu stark. . . . Man schnitt dem Sozialismus alle geistlichen Antriebe, alle philosophischen und auf Brüderlichkeit beruhenden Bestrebungen ab, welche die Hälfte seiner Kraft ausmachten. Mit einem Wort die gelehrte und mächtige Schule von Marx, welche seit zehn Jahren fast alle proletarischen und revolutionären Organisationen geistig beeinflusst, hat den Sozialismus auf einen von dem industriellen Proletariat gegen die kapitalistische Bourgeoisie geführten Klassenkrieg zurückgeführt. . . . Der ökonomische Materialismus von Marx bildet ein mächtiges, jedoch unvollständiges historisches Bauwerk. . . .

Das individuelle oder sogar das Klasseninteresse ist kein genügender Beweggrund, um die Massen zum Ansturm gegen die alten Bedrückungen, die alten Ungerechtigkeiten zu treiben. . . . Die herrschende Krise ist keine bloß ökonomische, sondern auch eine philosophische, politische und soziale. . . . u. c. u.

Malon hat auch im vorigen Jahre an dem „Homme libre“ (der freie Mensch) und der auf diesen folgenden „Egalité“ (nicht zu verwechseln mit der früher erscheinenden „Egalité“ der Kollektivistin und der jetzt erscheinenden „Egalité“ unter Roque's Redaktion) mitgearbeitet, in welchen Blättern er „Lundis socialistes“ (sozialistische Montage) veröffentlichte. Der Mehrzahl nach waren dies Studien über Vorläufer des Sozialismus, über die Bewegung in den einzelnen Ländern, ihre Träger, Prinzipien u.

Es ist unmöglich, in dem Rahmen eines kurzen biographischen Artikels alle Publikationen eines so thätigen Autors wie Malon aufzuzählen und ausführlich zu erörtern, eingehend zu kritisieren. Dieselben legen im allgemeinen Zeugniß ab von einem vielseitigen Studium, von einem weiten, aber theilweise freilich flachen Wissen, erinnern hier und da an den unermüdblich strebenden Autodidakten. Malon's Werke tragen alle mehr oder weniger stark das Merkmal des Eklektizismus, der systemlosen Wissensanhäufung an sich, eines zu breiten Betonens der philosophischen Spekulation und der moralischen Forderungen, die oft nicht in ihrer engen Beziehung zu den wirtschaftlichen Triebkräften sondern selbst als Haupttriebkraft hingestellt werden. Charakteristisch ist für sie der Mangel an Kritik, der überall Sozialismus und Sozialisten entdecken läßt. Gewiß, daß der alte Satz: „Prüfet alles und das Beste behaltet“ seine Berechtigung hat, aber nur dann, wenn wirklich das Beste von allem erkannt und einheitlich zu einem Ganzen verschmolzen wird. Dies ist gerade bei Malon nicht immer der Fall. Sein Eklektizismus führt ihn zur Unklarheit, Verschommenheit, Gestaltlosigkeit, zur Spekulation, die oft an einen gewissen Mystizismus streift.

Bezeichnend für seine Auffassung ist z. B. unter anderem, daß er einen „französischen moralischen Sozialismus“ im Gegensatz zu dem „deutschen materialistischen Sozialismus“ stellt, daß er die nationalen Momente mit einer Schärfe betont, welche mit dem Internationalismus unverträglich ist und die ihm den Vorwurf zugezogen hat, daß er zum Chauvinismus neige, daß er das Klassenmoment überschätze, das Klassenmoment dagegen unterschätze.

Infolge der angedeuteten Eigenthümlichkeiten haben Malon's Werke weniger Bedeutung für die Ausarbeitung und Ausbildung des Sozialismus nach seiner theoretischen Seite hin, sondern sie bieten vielmehr für den künftigen Geschichtsschreiber der sozialistischen Bewegung ein reiches Material, das der Sichtung, Klärung und Kritik bedarf.

Trotz alledem zählt Malon jedenfalls zu den hervorragendsten Vorkämpfern des Sozialismus in Frankreich, und seine Physiognomie bildet in vieler Hinsicht ein getreues Spiegelbild des noch schwankenden und verschommenen Gepräges, das der französischen Arbeiterbewegung noch vielfach anhaftet.

Solange Gestalten und Charaktere wie Malon aus der Masse des Volkes hervorgehen, braucht niemandem für die Entwicklungsfähigkeit, für den Fonds an Kraft, Begabung und Edelmuth des vierten Standes bange zu sein.

Die Sünden der Presse.

IV.

B. W. Wir haben die Sünden der Presse gemustert, die wichtigsten hervorgehoben und diese Äußerungen einer großartigen Verseuchung rückwärts verfolgt, und all diese rückläufigen Verfolgungen führten uns zu dem gleichen Orte, so daß wir behaupten können:

Die Verderbtheit der Presse hat wesentlich eine Ursache. Diese Ursache liegt auf wirtschaftlichem Gebiete. Sie besteht in dem Umstande, daß im allgemeinen jede Zeitung ein kapitalistisches Unternehmen ist, welches den Endzweck hat, möglichst viel Gewinn abzuwerfen.

Der Preßbazillus heißt also Kapitalismus. Werfen wir einen kurzen Rückblick auf die Thätigkeit dieses Bazillus:

Die Presse diente anfangs nur der Gedankenverbreitung. Als aber der Kapitalismus sich entfaltete, da entdeckten die Unternehmer des Handels und der Industrie, daß die Presse sich vorzüglich eigne, um durch Inserate Geschäfte auszurufen, anzupreisen und zu vermitteln, und die Zeitungserleger erkannten, daß dies neuentdeckte Talent eine ergiebige Geldquelle, als das bloße Abonnement, sei. Weil so die Zeitungen immer profitabler wurden, warf sich das gewinnjüchtige Kapital immer gieriger auf Gründung und Ankauf von Blättern und verwandelte diese mehr und mehr aus idealen Unternehmungen in geschäftliche.

Ein Wort, welches dieser Wahrheit sehr nahe kommt, äußerten die „Nationalen Blätter“ (Organ des Deutschen Vereins in Oesterreich-Ungarn) zum 1. September 1889, dem Tage, an welchem die Wiener „Neue Freie Presse“ ihr 25 jähriges Bestehen feierte. „Der Tag — so schreiben die „Nat. Bl.“ — ist bedeutungsvoll; denn er bezeichnet nicht mehr und nicht weniger, als daß an diesem Tage vor fünf und zwanzig Jahren die Korruption der Presse groß und mündig geworden war, und daß die Presse von da ab nicht mehr die Dienerin der Wahrheit, sondern die Dienerin des Geschäftes endgültig wurde.“ Beziehen wir dieses Wort nicht auf einen bestimmten Zeitpunkt und ein bestimmtes Blatt, so haben wir darin die volle Wahrheit.

Als kapitalistisches Unternehmen muß die Presse ihren Leitern naturgemäß folgende Aufgaben stellen: Wie werden recht viel Inserate herbeigeschafft? — Die zutreffende Antwort auf diese Frage lautet: Die Zeitung muß einen

möglichst großen Leserkreis haben; dann wird viel inserirt. — Wie aber erwirbt und erhält sich die Zeitung einen großen Leserkreis? — Dadurch, daß sie die Interessen einer gewissen sozialen Schicht vertritt, und ihren Inhalt den Wünschen, der Fähigkeit, dem Geschmade derselben anpaßt!

Unter der Leitung solcher Grundsätze entwickelten sich die gerügten Eigenschaften: Partikularistische Interessenpolitik, Würdelosigkeit, Verlogenheit, Bestechlichkeit, Feigheit, Oberflächlichkeit und Geschmacksroheit. Diese Eigenschaften wurden dadurch noch gesteigert, daß die Zeitungsschreiber zu mechanisch arbeitenden Proletariern herabsanken.

Wie ist es nun möglich, die Presse von dem moralischen Ausfalle zu reinigen? — Die Antwort ist selbstverständlich: Tödtet den Preßbazillus! Macht, daß die Zeitungen aufhören, kapitalistische Geldgeschäfte zu sein!

Diese Aufforderung aber läuft hinaus auf eine andere, allgemeinere: Schließt euch der großartigen sozialpolitischen Bewegung des Proletariats aller Länder an, welche nichts Geringeres erstrebt, als Beseitigung der materiellen Noth, allgemeine geistige und sittliche Erhebung des Volkes; und welche als Mittel hierzu die Abschaffung des Kapitalismus, d. h. die Ueberführung der Privatwirtschaft in die gesellschaftliche Produktion, betrachtet!

Nur der Sozialismus, kennt das Mittel, welches die Presse von ihrer moralischen Krankheit zu heilen vermag, welches ein neues, ideales Geschlecht von Zeitungen erziehen läßt, während die alten, verworfenen Preß-Charaktere die verdiente Vernichtung finden. Mit Zug konnte Lassalle von uns Sozialdemokraten sagen: „Der Augenblick wird kommen, wo wir den Blitz schleudern, der diese Presse in ewige Nacht begräbt.“

Und der Tag, welcher dann anbricht, was für Preßzustände wird er beleuchten? Wie werden die Zeitungen, welche die Stelle der kapitalistischen Blätter einnehmen, wie werden diese sozialistischen Zeitungen eingerichtet sein? Aus wessen Mitteln werden sie hergestellt, wie geleitet?

Diese Fragen sind offenbar ebenso schwer mit Bestimmtheit zu beantworten, als sie dem Kritiker unserer Preßzustände wichtig erscheinen und sich aufdrängen. Doch es ist gar nicht nöthig, schon heute eine bestimmte Antwort zu geben! Die Zukunft läßt sich nicht bis ins Einzelne hinein konstruieren. Wir Proletarier bewegen uns nach einer bestimmten Richtung, dorthin, wo nach unserer sozialwissenschaftlichen Einsicht das gelobte Land liegen muß; die Einzelheiten unseres Weges ergibt der Fortschritt, die Entwicklung, die Zukunft; die kleineren Schwierigkeiten, die sich uns in den Weg stellen, werden wir beseitigen oder umgehen, wenn wir an Ort und Stelle sind.

Immerhin hat die Ausmalung der Zukunft bis ins Kleine einen agitatorischen Werth, insofern sie nämlich Kleinmüthigen Zweifelern zeigt, daß die Sozialisirung der Gesellschaft an den Einzelheiten keine unüberwindlichen Hindernisse findet. Möge es drum, der Agitation wegen, an dieser Stelle verstatet sein, anzudeuten, wie sich der Verfasser dieser Zeilen die Organisation der Zukunftspresse denkt. Mögen aber alle Leser — besonders die Gegner — sich gesagt sein lassen, daß dieser Zukunftsgedanke als das Produkt eines Kopfes, nicht etwa als eine Partei ansieht, aufzufassen ist.)

Meiner Meinung nach müssen die Zeitungen einer sozialistischen Gesellschaft auf Staatskosten redigirt, geleitet und verbreitet werden. Das verlangt nicht nur der ökonomische, sondern auch der moralische Charakter dieser Gesellschaft. Dieselbe muß nämlich nicht bloß die passive Duldsamkeit, nach welcher geistige Äußerungen nicht unterdrückt werden dürfen, ausüben, sondern auch die aktive Duldsamkeit, nach welcher geistige Äußerungen zu begünstigen, zu fördern, zu verbreiten sind (weil nämlich jeder Gedanke eine Wahrheit und somit ein Segen für die Allgemeinheit sein kann, und weil die Unterdrückung vermeintlich gemeingefährlicher Gedanken nicht nur erfolglos bleibt, sondern auch schwere sittliche Schäden nach sich zieht). Selbstverständlich kann aber nicht jeder Bauplan einer Zeitung ausgeführt werden. Ein Minimum von Abonnenten wird zur Realisirung nöthig sein; nehmen wir an 1000 sei das Minimum. Verlangen nur 1000 Genossen (natürlich: oder Genossinnen) ein neues Blatt nach ihrem Plane, so hat der Staat seine Redaktionsräume, seine Druckereien und Expeditionen der neuen Partei zur Verfügung zu stellen sowie (allenfalls) den Redakteur nach dem Maßstabe seiner Arbeitszeit zu bezahlen. Die neue Partei hat nur nöthig, den Redakteur aus ihrer Mitte zu wählen und (natürlich unentgeltlich) diejenigen Gedanken schriftstellerisch zu produzieren, welche die Spalten des neuen Blattes füllen sollen. Das Blatt würde von der neuen Partei als Hauptagitationsmittel verwendet werden, also zugleich Flugblatt sein. Mit der Partei müßte die Auflage wachsen.

Doch, wie gesagt, dieser Gedanke ist der eines Kopfes. Vielleicht ist er für die Zukunft werthlos. Die Zukunft wird ihre Angelegenheiten bestellen mit mehr Einsicht im Detail. Sorgen wir Kinder der Gegenwart vor allem für die Gegenwart. Und da ist es nächst der selbstverständlichen Agitation für unser Parteiprogramm, welches das wirksame Rezept gegen die allgemeine Preßverseuchung bildet, im besonderen unsere Aufgabe, die Arbeiterpresse von allen ihr etwa anhaftenden Fehlern nach Möglichkeit zu säubern.

1) Wir selber vermögen auch nicht allen in der Artikelserie entwickelten Ansichten zuzustimmen. Die Red. d. „Bollstr.“

Die Entwicklung der Agrarverhältnisse in Preußen.

Eine sozialpolitische Studie.

III.

Jetzt betrachten wir einmal das „parteilose“ Nachwort dieser Junkerkammer: Die Deklaration vom 29. Mai 1816!

Früher nach dem Edikt von 1811 sollten alle bäuerlichen Stellen regulierbar sein. Jetzt nach der Deklaration von 1816 war die Regulirbarkeit an folgende Bedingungen geknüpft:

Erstens mußte die bäuerliche Stelle den Inhaber als selbständigen Landwirth ernähren, sie mußte spannfähig sein.

Zweitens mußte sie in den Steueranschlüssen der Provinz katastrirt sein. Infolge dieser Bestimmung konnten alle die Adernahrungen eingezogen werden, welche auf Vorwerkland gebildet waren und keine Steuern trugen. Außerdem standen kleinere Stellen häufig nicht im Kataster, weil der Gutsherr die von den Bauern gezahlten Steuern oft an den Staat abführte.

Drittens mußten die Bauernstellen alten Bestandes sein. Hiermit ließ man alle die zahlreichen Besitzungen fallen, welche der Bauernschutz der preussischen Könige in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts geschaffen hatte. Man setzte einen Zeitpunkt fest, und erklärte dann die Stellen für „älteren Bestandes“, die schon vor diesem existirten. Und zwar zählte man mit ausgesuchter Heimtücke gerade solche Zeitpunkte, „wo der Bestand an Bauern am kleinsten war.“¹⁾

Viertens mußte noch auf der bäuerlichen Stelle die gutsherrliche Verpflichtung fester Wiederbesetzung derselben im Falle der Erledigung ruhen. Diese Bestimmung war weniger wirksam als die vorhergehende.

Demnach waren alle nicht spannfähigen Bauernnahrungen ohne weiteres dem Adel geopfert worden. Ferner von den spannfähigen Nahrungen folgende Klassen: die spannfähigen neueren Bestandes, die nicht katastrirten spannfähigen und schließlich all die spannfähigen Nahrungen, welche nicht unter dem Befehlszwange standen. Ein schönes Opfermahl! Ein Opfermahl, jedenfalls zu Ehren der bäuerlichen Kämpfer der Freiheitskriege verankert! Der Schutz für alle diese nicht regulirbaren Bauernhöfe — und die Zahl derselben war sehr groß — hatte nach der Deklaration von 1816 aufgehört!

Fragen wir zunächst nicht nach ihrem traurigen Schicksal sondern beschäftigen wir uns mit dem Schicksal der Bauern, welche glücklich über den hohen Baum gesetzlicher Bestimmungen hinwegkamen, ohne von einem dieser vielen krummen Paragrafenzeichen derselben je gehalten zu werden.

Diese hatten sich nun mit dem adligen Herrn über die Höhe der an ihn zu zahlenden Entschädigung auseinandergesetzt. Mit den Normalentschädigungen von 1811, bei denen es sich um die Abtretung eines Drittels resp. der Hälfte des Landes handelte, wurde gebrochen, man setzte dafür im allgemeinen fest, „daß die Entschädigung nach dem besonderen Fall zu bemessen sei.“²⁾ Beide Theile, Ritter sowohl wie Bauer, konnten gegen die Normalentschädigung protestiren, und höhere resp. niedere Entschädigungsansprüche „anregen“. Das Regulirungsverfahren wurde auf Grund des Antrages eines der beiden Theile eingeleitet. Die Einziehung wüßter Hüfen erleichterte die Gesetzgebung dem Adel wesentlich. Sie befreite die Pflicht des Gutsherrn, die Parzelle öffentlich auszubieten, „um etwa einen Annehmer zu finden.“³⁾ Der Justizminister Schudmann entblödete sich nicht eine vollkommen unwahre Begründung für die Erleichterung der Einziehung wüßter Stellen hinzubringen. Er gab an, daß „jetzt nicht mehr wie 1811 die Tendenz des Gutsherrn zur Einziehung der Bauernhöfe vorherrschend sei, da jetzt (1816) die Kapitalien der Landwirtschaft nicht mehr zufließen.“ Wenn es sich um Grund und Boden handelt, sind bodenlose Lügen nicht unangebracht.

Einen weiteren Schritt zur Umgestaltung der bäuerlichen Verhältnisse that die Ablösungsordnung von 1821. Sie ließ nur für spannfähige Adernahrung die Ablösung von feudalen Diensten und Lasten zu. Die Ablösung, wohlverstanden, änderte nichts am Besitzrechte der Bauern; „die Erbzinseleute und Erbpächter blieben nach der Ablösung dies, was sie sind.“ (Knapp.) Hier handelt es sich nur um die Ablösung von Diensten, feudalen Abgaben, Leistungen u. Ein zur Ablösung berechtigter Bauer konnte sich z. B. von einer Naturalleistung befreien, wenn er den 25fachen Betrag derselben bezahlte. Diese Ablösungsordnung kam nur den spannfähigen Bauernnahrungen zu gute. „In den Verhältnissen der weit zahlreicheren spannungslosen bäuerlichen Nahrungen, insbesondere bei den niederösterreichischen Dreischgärtnern, soweit sie spannungslos waren, änderte sich also nichts.“ Die größere Masse der Bauern wurde also durch die Ablösungsgesetzgebung ebenso stiefmütterlich behandelt wie durch die vorher gekennzeichnete Regulirungsgesetzgebung. Man ließ sie einfach noch weiter in den Ketten feudaler Abhängigkeit schmachten.

Und was hätte diese Agrargesetzgebung im Interesse der Heranbildung eines gesunden kräftigen Bauernstandes leisten können, wenn sie sich nicht zum Mundstück des Junkerthums erniedrigt hätte!

In Posen z. B., wo man dem antipreußischen polnischen Adel ein's am Zeuge sitzen wollte, ging man scharfer gegen die Grundbesitzer vor wie in den übrigen

Provinzen, „um den Bauern, wie es heißt, an die neue Herrschaft zu gewöhnen“. Aber was wurde aus den polnischen Bauern in Oberschlesien? Wollte man ihnen die preussische Herrschaft nicht angenehm machen? Sie standen allerdings häufig unter der Fuchtel eines preussischen Abtlichen; und dies sagte alles. In Oberschlesien beschränkte man 1827 sogar noch die so junkerfreundliche Regulirungsgesetzgebung zu Gunsten des Adels. Die oberösterreichischen Bauern (Dienstgärtner) mußten nicht nur „spannfähig“ wie die übrigen Bauern sein, nein sie mußten noch außerdem 25 Morgen miltärer Bodenklasse besitzen, um zu den Regulirungen zugelassen zu werden. Und das Resultat dieser neuen Zugeständnisse an den preussischen Adel war, daß die Regulirungen thatsächlich „nur bei den größeren Bauern eintraten, und daß abgesehen von den großen Bauern in Oberschlesien von 1827—1846 nur 10 Regulirungen zu Stande gekommen sind, so schwer waren die Bedingungen des Gesetzes vom 13. Juli 1827.“ In Posen schuf man dagegen bis 1848 20 086 erbliche Eigenthümer, in den übrigen vier östlichen Provinzen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und Preußen nur 45 493.

Uebrigens entstanden durch die gerühmte preussische Agrargesetzgebung bis 1848 nur 70 582 erbliche Eigenthümer mit einem Besitz von 5 158 827 Morgen.⁴⁾

Neben diesen 70 582 Eigenthümern befreiten sich bis zu jener Zeit 289 651 Bauern von feudalen Lasten und Diensten. Wohlverstanden, bei diesen Bauern handelte es sich nur um Ablösung von feudalen Verpflichtungen, von Hand- und Spanndiensten u.

Beide Klassen von Bauern, die also „ablösbare“ oder „regulirbare“ Stellen innehatten, erkaufte sich mit riesigen Geldsummen, Geld- und Naturalrenten und einer gewaltigen Einbuße an Land ihre „Freiheit“. Sie traten 1 533 050 Morgen Land an den Adel ab, zahlten an Kapital 18 544 766 Thaler und an jährlichen Renten 1 599 992 Thaler in Gold und in natura 249 436 Scheffel Roggen und 10 633 Scheffel in Hafer, Weizen und Gerste. Es wurden hierdurch 5 978 295 Spanndiensttage und 16 869 824 Handdiensttage⁵⁾ abgelöst! Das ist das Resultat des Befreiungswertes von 1848!

Die große Masse der kleineren Bauern konnte sich nicht zu Eigenthümern erheben, sie konnte sich nicht einmal von den feudalen Lasten ablösen. Wir haben gesehen, daß nur den größeren spannfähigen Bauernnahrungen die Ablösungsgesetzgebung zu gute kam; die Million der kleinen Bauern mußte nach wie vor ihren feudalen Verpflichtungen nachkommen, wußte nach wie vor auf den abligen Gütern schanzten.

Noch engherziger wie diese Ablösungsgesetzgebung aber war die Regulirungsgesetzgebung. Nicht einmal alle spannfähigen Stellen, von den unspannfähigen gar nicht zu reden, konnten regulirt werden. Diese mußten spannfähig, katastrirt, alten Bestandes u. sein, kurz sie mußten eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllen, um unter diese Gesetzgebung zu fallen. „Drückender als nach den Vorschriften der Deklaration von 1816, schrieb G. Leuper 1817, kann nun wohl eine Eigenthums-Erwerbung nicht sein.“⁶⁾ Die große, übergroße Mehrzahl von Bauern konnte sich daher nicht zu Eigenthümern erheben, sie waren, da die Regierung seit 1816 den Bauernschutz beseitigt hatte, dem Adel auf Gnade oder Ungnade in die Hände gegeben.

Welchem Schicksal gingen nun diese Bauern entgegen? Starb z. B. ein solcher Bauer, so konnte seinen Kindern der Hof aberkannt werden; und der Gutsherr zog ihn ein. „Auf diese Weise sind in Ostpreußen — schreibt Herr von Brandtisch 1818 aus Königsberg — schon viele Höfe durch richterliche Erkenntniß wüßte geworden; und da die Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse nur langsam fortschreitet, so können noch viele Wittwen und Unmündige von Haus und Hof getrieben werden.“⁷⁾

Häufig kündigten die Gutsherrn den Bauern die unregulirbaren Stellen. Und die Gerichte schritten, wie dies aus einem Rechtsfall ersichtlich ist, nicht dagegen ein. „In vielen Fällen — sagt Knapp — dürften sich die Inhaber bei der für sie ungünstigen Entscheidung beruhigt haben.“

Viele Bauerngüter wurden ohne weiteres von dem Adel eingezogen. In einem Erlaß des Staatskanzlers Hardenberg von 1817 lesen wir Folgendes: „Nach dem Zeitungsbericht der Stettiner Regierung nehmen viele Gutsherrn in Pommern von der Deklaration vom 14. September 1811 Veranlassung, ihren Bauern die Eigenthumsverleihung zu verweigern und deren Ländereien den herrschaftlichen Vorwerken einzuverleihen. Sogar soll dies mit ganzen Dörfern z. B. Horkowick mit 23 Bauern versucht sein und selbst in Absicht der Bauern und Büdner stattfinden, welche mit Hilfe der vom Staate von 1772—1786 bewilligten 1 161 325 Thlr. Meliorationsgelder auf Vorwerksländereien etablirt sind.“ Also selbst die mit großen Staatsmitteln geschaffenen Bauerngüter waren nicht vor dem „Legen“ geschützt. „Einige der speziellen Fälle, welche der Superintendent Neber von Ostpreußen angeführt und belegt hat, ergeben, daß auch in dieser Provinz eine gleiche Tendenz der Gutsherrn herrscht, und daß die Provinzialbehörden dem keineswegs entgegenwirken.“⁸⁾

In anderen Fällen benutzten die Gutsherrn — wie es in einem Gutachten der Generalkommission für die

Kurmark heißt — die Unwissenheit ihrer Unterassen und veranlaßten sie zu erklären, „daß sie ihre Grundstücke in einem Pachtverhältnis besäßen und die Gutsherrschaft darüber schalten, dieselben auch einziehen könnten; worauf dann Zeitpachtverträge mit ihnen abgeschlossen sind, obgleich unzweifelhaft ein gutsherrlich-bäuerliches Verhältnis stattgefunden hat.“

In den gedruckten Motiven des Gesetzes von 1850 lesen wir, daß die Acker der kleinen bäuerlichen Wirthe von den Gutsherrn zu ihren Vorwerken eingezogen wurden und die Besitzer derselben in den Tagelöhnerstand treten mußten. „Das Gemeinwohl erfordert, dem weiteren Umsichgreifen solcher Mißstände ein Ziel zu setzen.“

So räumte der Adel gründlich mit den Bauern auf. Er zog die besetzten Stellen ein, „gleichgiltig ob durch Vertrag oder, was gewiß seltener war, durch rechtlich unzulässige Mittel, oder verwandelte die Bauern in Zeitpächter oder wartete schließlich die Erledigung der Stelle durch Todesfall ab und zog sie dann ein. Er expropriirte mit deutscher Gründlichkeit.“

In Pommern, Schlesien, Brandenburg, Preußen, schuf die Gesetzgebung nur 45 493 bäuerliche Eigenthümer statt allein 60 000 spannfähiger und 160 000 spannfähiger und nichtspannfähiger Bauern, welche das Gesetz von 1811 erfordert hätte.⁹⁾

Diese Bauern waren häufig in sogenannte „Insien“ verwandelt worden, d. h. in ländliche Arbeiter, welche einige Hufen Land inne hatten und auf dem abligen Gut schanzten mußten, da sie ihre Parzelle nicht ernährten. Der Adel besaß jetzt für seine Güter die erforderlichen „freien Arbeitskräfte“.

Als die Revolution von 1848 kam, waren nur noch wenige Bauern zu „retten“ und zu freien Eigenthümern zu erheben, sie waren bereits vernichtet worden. Im allgemeinen gab die Revolution der Agrargesetzgebung einen kräftigen Anstoß. Die Bauernaufstände in Schlesien schredten die Regierung aus ihrem Schlummer auf. Die Minister erkannten die Nothwendigkeit umfassender Agrarreformen an.

Die Frucht der Revolution war die Agrargesetzgebung von 1850. „Sie lag dem Minister Manteuffel wohl nicht ganz am Herzen“, drückt sich vorsichtig Knapp aus; „sie schien ihm nothwendig, also führt er sie durch!“ Sie war nothwendig durch die Revolution geworden, das ist das Geheimniß. Vierundzwanzig gutsherrliche Berechtigungen fielen sofort ohne Entschädigung.

Es war wirklich noch ein schönes Stück Mittelalter, das da zu Grabe getragen wurde: die Jagdleistungen, die Pflichten der Bewachung der gutsherrlichen Gebäude, die Abgaben zu Laufen, Ausstattungen u., das Recht „die Gänse der bäuerlichen Wirthe berupfen zu lassen“, die festgesetzten Dienste der Bauern für Reisen des Gutsherrn und seiner Beamten u. u.

Ferner erklärte man alle seit 1811 und 1819 bestehenden Bauerngüter für regulirbar, welche „zu einem erblichen Nuzungsrechte verliehen“ waren, oder die bei zeitlich beschränkten Nuzungsrechten nach Herkommen mit einem Wirthe stets besetzt werden mußten.¹⁰⁾

In den Regierungsbezirken Danzig, Stettin und Köslin schloß man im Jahre 1853 alle diejenigen Hüfen von der Regulirbarkeit aus, auf denen 1811 nicht die Pflicht geruht hatte, eine Steuer an den Staat zu zahlen.¹¹⁾ Dies war abermaliges Zugeständniß an die Gutsherrn.

Da im Laufe der Zeit nun, wie wir gesehen haben, sehr viele Bauern in Zeitpächter, ländliche Arbeiter verwandelt waren, so hatten nur wenige noch einen Vortheil von der Regulirungsgesetzgebung. Nur 12 706 Bauern wurden noch in Eigenthümer verwandelt. Es gab nach Meigen 1865 83 288 regulirte Eigenthümer mit einem Besitz von 5 511 132 Morgen Land.

Viel energischer wirkte die Ablösungsgesetzgebung von 1850 auf die Befreiung der feudalen Verpflichtungen des Bauernstandes ein als die von 1821. Während sich bis 1848 nur 289 651 Dienst- und Abgabepflichtige abgelöst hatten, lösten sich bis 1865 1 303 992, also über eine Million Bauern von Spann- und Handdiensten ab. 366 274 Spanndiensttage und 6 680 507 Handdiensttage wurden von diesen abgelöst. Sie zahlten dafür 19 697 483 Thaler an Kapital, an Rente jährlich 3 890 136, dann noch eine geringe Naturalrente. Außerdem traten sie noch 113 071 Morgen Land ab.¹²⁾ Auf die Art und Weise, in welcher die Ablösung erfolgte, wollen wir hier nicht weiter eingehen. Wir geben hier gleich die Resultate der Ablösungs- und Regulirungsgesetzgebung.

Schlägt man die Geldsummen, die Renten zusammen, berechnet man den Kapitalwerth des abgetretenen Landes, so erhält man nach Meigen ein Kapital von 213 861 035 Thaler.¹³⁾ Sage: 213 Millionen Thaler hatte der Bauer für einen Theil des Landes zu zahlen, der ihm einstmals vor dem Zeitalter des Bauernlegens und der Agrargesetzgebung gehört hatte, und für die Ablösung von Lasten, die ihm theilweise erst in den letzten Jahrhunderten durch brutale Unterdrückungsmaßregeln aufgedrungen waren.

¹⁾ Knapp I, 283.

²⁾ Schmoller, Jahrbuch für Gesetzgebung: Besprechung des Knapp'schen Werkes.

³⁾ Knapp I, 226.

⁴⁾ Knapp I, 233.

⁵⁾ Diese Zahlen erhalten wir, wenn wir die Daten der Meigen'schen Tabellen 432/433 und 434/435 mit einander vergleichen.

⁶⁾ Meigen I, 437. „Boden u. des preuß. Staates.“ Dabei ist der Morgen Kulturland nur zu 20 Thaler, der Morgen Forstland nur zu 10 Thaler berechnet.

⁷⁾ Meigen „Der Boden und die landwirthschaftlichen Verhältnisse des preussischen Staates“, I, 432/433.

⁸⁾ Meigen I, 432/333.

⁹⁾ Knapp „Bauernbefreiung“, I 248/249.

¹⁰⁾ Knapp I, 277.

¹¹⁾ Knapp I, 278.

¹⁾ Knapp „Bauernbefreiung“, I, 187.

²⁾ Knapp „Bauernbefreiung“, I, 193.

³⁾ Knapp „Bauernbefreiung“, I, 197.

Zu wahrhaft überraschenden Resultaten hatte also die Agrargefetzgebung geführt. Zur Vernichtung ganzer Klassen leistungsfähiger Bauern, zur Degradation derselben zu unselbständigen ländlichen Arbeitern, zur kolossalen Bereicherung des Adels mit Land und Kapital.

Besitzende Gutsbesitzer auf der einen Seite, bezugslose Landarbeiter auf der anderen!

Rechtsfragen.

Das Magdeburger Polizeipräsidium erklärte die Auflösung einer Versammlung für gerechtfertigt, weil die Versammlung sich bei ihrer Eröffnung als eine allgemeine Bauhandwerker-Versammlung dargestellt habe, während der Polizei nur eine Mitglieder-Versammlung des Vereins der Bauhandwerker angemeldet war. Es kommt — bemerkt die „Frei. Zig.“ hierzu — garnicht darauf an, als was eine Versammlung im einzelnen „angemeldet“ ist. Es genügt für die Anmeldung die Bemerkung „zur Erörterung von öffentlichen Angelegenheiten“. Welche öffentlichen Angelegenheiten zur Erörterung kommen sollen, erfährt die Polizei noch zeitig genug aus dem Gang der Verhandlungen selbst. Wenn über den Zweck der Versammlung der Polizei näheres mitgeteilt ist bei der Anmeldung, so ist die Versammlung an diese Mitteilung nicht gebunden.

Anderes liegt die Sache in solchen Orten, über welche der keine Belagerungszustand verhängt ist, wo nicht bloß eine „Bescheinigung“, sondern eine „Genehmigung“ öffentlicher Versammlungen mit näherer Detaillierung der Tagesordnung verlangt werden kann und — wie in Berlin — thatsächlich auch verlangt wird.

Ist bloße „Beitragsleistung“ für sozialdemokratische Zwecke strafbar? Das Reichsgericht hat nach der „Leipz. Gerichts-Zeitung“ kürzlich eine Entscheidung gefällt dahingehend, daß die bloße Beitragsleistung an Personen, welche zur Förderung sozialdemokratischer Zwecke Geldbeiträge einsammeln, als Beihilfe zum Vergehen des Sammelns nicht anzusehen sei. Strafbar ist vielmehr nach der Ansicht des Reichsgerichts nur derjenige, welcher durch seine Leistung gleichzeitig auch andere zur Förderung des vom Sammler beabsichtigten Erfolges veranlassen will. So würde z. B. denjenigen eine Strafe treffen, welcher in Gegenwart vieler Gesinnungsgenossen seinen Beitrag in der Absicht entrichtet, auch diese zum Zahlen von Beiträgen zu bewegen.

Gewerkschaftliches, Vereine.

Ein Kongreß der Vergolter, Goldleistenarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands soll demnächst abgehalten werden. Wir bitten euch alle, dazu Stellung zu nehmen. Als Tagesordnung empfehlen wir:

1. Gründung eines Verbandes der Vergolter Deutschlands.
2. Festsetzung der Arbeitszeit.
3. Einführung eines Arbeitsnachweises.
4. Mittel und Wege dazu.

Kollegen in Ost und West, in Süd und Nord, reicht euch die Hand zum Bunde, berathet euch, erennt jemanden, der sich mit uns in Verbindung setzt, daß eure Wünsche berücksichtigt werden.

Arbeit und agitiert unaufhörlich für unser großes Ziel: die Verbesserung unserer Lage! Briefe und Anfragen in betreff des Kongresses sind an Emil Böhl, Berlin O., Frankfurter Allee 74, zu richten. Alle Arbeiterzeitungen werden um Abdruck gebeten.

Stuttarenerkongreß. In Halle a. S. tagte am 5., 6. und 7. August ein Kongreß deutscher Stuttarener (Gypfer). Vertreten waren 10 Städte (Leipzig, Hamburg, Chemnitz, Breslau, Dresden, Elberfeld, Varmen, Köln, Halle a. S., Magdeburg) durch 13 Delegirte. München und Essen a. Rh. hatten Zustimmungsadressen abgefaßt und erklärt, sich den Kongreßbeschlüssen unterordnen zu wollen. Beschlossen wurde, keine Zentralorganisation der Stuttarener einzurichten, sondern nur dahin zu wirken, daß in ganz Deutschland Lokalorganisationen eingeführt werden. Das „Vereinsblatt der Bauhandwerker“ in Braunschweig wurde als offizielles Organ der Stuttarener anerkannt und das Abonnement auf dies treffliche Fachorgan empfohlen.

Die Maurer Berlins bitten, auch ferner den Bezug fernzuhalten. Alle Listen und Anfragen betreffs des Streiks sind an eine der unterzeichneten Vertrauenspersonen, aber sonst an keine andere Adresse zu schicken.

1. W. Ferkel, Moabit, Birkenstraße 12a.
 2. D. Racejewski, W., Steinwegstraße 24.
 3. B. Baganz, W., Bismarckstraße 51, bei Pankow.
 4. K. Köhler, S., Schenkenstraße 4, vorn 4 Tr.
 5. A. Wagner, SO., Admiralsstraße 27, vorn 3 Tr.
 6. B. Kerstan, SO., Lützenerstraße 4, vorn 3 Tr.
 7. F. Wegner, O., Blumenstraße 29, Quergeb. 4 Tr.
 8. A. Braun, O., Koppenstraße 71.
 9. G. Köhling, N., Neue Hochstraße 32.
 10. D. Schjölfski, N., Velfortstraße 3, Seitenflügel 3 Tr., bei Zimmermann.
 11. Aug. Frische, C., Kleine Auguststraße 11, bei Werbelow.
- Bei diesen Kollegen sind Sammellisten in Empfang zu nehmen, sowie alle freiwilligen Beiträge zu dem Berliner Generalfonds abzuliefern. Nicht eines jeden in Berlin arbeitenden Kollegen ist es, dazu sein Scherflein beizutragen.
- Alle ferneren Anfragen sind zu richten an Wilhelm Kerstan, Lützenstraße 4, vorn 3 Tr.

Ein großer Schneiderstreik ist in Berlin mit dem Beginn der kommenden Frühjahrsaison in Sicht!

Die Auflösung der Invalidenkasse des Verbandes der Gewerkschaften (Hirsch-Dunker) ist in der am letzten Sonntag in Berlin stattgehabten Generalversammlung beschlossen worden.

Der Unterstättungsverein deutscher Tabakarbeiter hielt in vergangener Woche in Magdeburg seine ordentliche Generalversammlung ab, welche außer von den Vorstands- und Ausschussmitgliedern von 44 Vertretern aus allen Theilen Deutschlands besucht war. Unterstättungsfragen, Streiks, Arbeitsnachweis standen hauptsächlich zur Diskussion. — Näheres im „Gewerkschafter“.

Vereinigung der Drechsler Deutschlands. Wir machen bekannt, daß die Ortsverwaltung Berlin II, am Sonnabend, den 14. September, bei Deigmüller, Alte Jakobstraße 48a, und die Ortsverwaltung Berlin I am Sonnabend, den 16. November, bei Zahms, Annenstr. 16, ein Familienkränzchen abhält.

An die Schneider Berlins. Für die weiblichen Arbeiter

in unserer Branche findet am Dienstag, den 17. September in Deigmüller's Salon eine Versammlung statt.

— Sozialdemokratischer Leseklub „Lessing“. Jeden Montag Abend 9 Uhr im Restaurant Leonhardt, Wallstraße 20, Vorlesung und Diskussion.

— Verein der Klempner Berlins. Arbeitsnachweis bei Straum, Ritterstraße 123.

— Achtung! Weber. Achtung! Das Stiftungsfest der Allgemeinen Stuhlarbeiter-Vereinigung findet nicht am 14. September bei Pastor, Neue Königstraße 7, statt, sondern am 21. September im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11—13. Die Billets vom 14. September haben Gültigkeit.

— Der Arbeits-Nachweis des Fachvereins der Schlosser befindet sich für den Süden Dresdenerstr. 116 bei Grünbel, für den Norden Anklamstr. 49 bei Nürnberg.

— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. H. 29, Hamburg), Filiale Berlin I. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 14. Sept., Abends 8 1/2 Uhr, Lichterfeldestr. 8. Vortrag des Bevollmächtigten Hrn. G. Schmittau: Die Gestaltung unserer Kasse in Zukunft und Zuschußfrage. — Wegen den Neuerungen innerhalb unserer Kasse vom 1. Oktober ab, werden die Mitglieder ersucht in dieser Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Briefkasten.

Alle Berliner Abonnenten wollen beim bevorstehenden Umzug rechtzeitig ihre neuen Adressen — nicht an uns, sondern an einen passenden Zeitungspediteur — aufgeben. Unregelmäßigkeiten werden am besten dadurch gehoben, daß man die „Volkstr.“ von demselben Expediteur bringen läßt, der nach der Abonnements-Quittung auch die tägliche Zeitung (Volkstbl. zc.) bringt.

Bunzlau. Von „Genehmigung“ der Statuten ist keine Rede. Sie haben sie als politischer Verein nur „einzureichen“ und damit Punkturn. Sie können also Versammlungen abhalten.

Glacéhandschuhmacher. Kommt zu spät.

Nürnberg. Das Gebicht läßt leider noch manches zu wünschen übrig.

Gelbhausen. Die Mitglieder sind nicht haftbar.

Gnefen. Die Proschüren sind verboten.

Osnaabrück. Hier ist schwer etwas zu empfehlen. Für ersteres vielleicht Heft 2 der Internationalen Bibliothek (Stuttgart, Dietz): Kautschuk-Mag.

August. Sie werden unter solchen Umständen (Nichtkenntnis des Schriftstüdes) schwerlich etwas erreichen.

Ackerstraße, Zeitungen. Besten Dank, die Sachen sind uns bekannt.

Steglich. Weiter kann man sich nennen, aber nicht „Innungsmeister“. Das Recht hat er ohne Auflösung zc. nicht.

Torgau. Die Zeitung ist wohl kaum zu empfehlen.

R. W. S. Nichter ist ganz nach den Statuten. Ein Wechsel der Kasse wird kaum möglich sein.

Schuhmacherverein. Können Sie denn nicht einmal die seit Februar ausstehenden Anzeigen abrechnen?

Wahlverein Berlin I. Wir bitten doch endlich einmal abzurechnen. — In der letzten Zeit sind uns Anzeigen trotz aller Benachrichtigungen regelmäßig zu spät zugegangen — immer erst Freitag Nachmittag, wo wir bereits zur Post nach auswärts liefern.

Quittungsmarken
für Krankenkassen,
Vereine etc.
fertigt an die Buchdruckerei
von
Maurer, Werner & Co.
Berlin S., Sebastianstr. 72.

Oigarren u. Tabake
reichhaltiges Lager
von
O. Klein.
15. Ritterstraße 15.
Daselbst Zahlstelle der Württern-Bronceure (G. H. 60.)

Wendt's Restaurant
Dresdenerstraße 116.
Inh. **W. Gründel.**
Arbeitsnachweis für Maler, Tischler, Schlosser,
Buchbinder, Drechsler, Töpfer, Möbelpolirer und
Sattler.
Reichhaltiger Frühstück-, Mittag- und
Abendstisch.
Speisen à la carte zu jeder Tageszeit, sol. Preise.
Vorzügliches Weiß- und Bairisch Bier.
2 franz. Billards und 2 Regelmahnen stehen zur
Verfügung.

Allgemeiner
Metallarbeiter-Verein
Berlins und der Umgegend.
Sonnabend, d. 14. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
in Tegel, Restaurant Gude, Hauptstr. 14.
**Große
Versammlung**
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Christeller. Thema:
Geschlechtskrankheiten.
2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Gewerkschaftliches.
5. Verschiedenes und Fragekasten.
Dienstag, den 17. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
in der Neuen Welt, Hasenhaide.
Grosse Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag des Buchdruckers Herrn B. Werner
über: „Die Sozialreform und die Arbeiter.“
2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verschiedenes und Fragekasten
Gäste haben in beiden Versammlungen Zutritt.
Um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet
Der Vorstand.
Ein gemahregelter Weber der Provinz sucht
Stellung in Berlin. Nachrichten unter E. W.
an die Exp. d. Bl.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin
von
Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.
Reelle Waare. Prompte Bedienung. [47]

An alle Wähler zum sächsischen Landtage.
Anfragen, Anträge und Briefe, die bevorstehende Landtagswahl betreffend, er-
suchen wir zu senden an Herrn
Carl Riemann, Chemnitz, Sonnenstr. 58, III.
Das Komitee für die Landtagswahlen in Sachsen.

Große öffentliche Versammlung
sämmtl. in der Holzbranche beschäftigten Arbeiter.
wie Tischler, Bildhauer, Stellmacher, Böttcher u. s. w.
Montag, den 16. September, Abends 8 1/2 Uhr, in den Bürgergärten,
Dresdenerstr. 96.
Tagesordnung:
1. Abrechnung über die eingegangenen Gelder für Beschickung des Pariser Kongresses.
2. Vortrag: „Die wirtschaftlichen Krisen und die Sozialgesetzgebung.“ Ref.: Th. Glode.
3. Diskussion.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer: **A. Apel.**

A. Borta, Schneidermeister,
20. Wäckerstr. 20, 1 Tr.
empfiehlt sich zur Anfertigung
eleganter Herren-Garderoben
zu soliden Preisen.
Gestützt auf genügende Erfahrung und Fachkenntnisse, bin ich in der Lage ein elegantes
Kleidungsstück zu liefern. Lager in u. ausländischer Stoffe. Zuschneider der ehemal. Genossenschaft.

**Verein zur Regelung
der gewerblichen Verhältnisse
der Töpfer Berlins.**
Sonntag, den 15. d. M., Vorm. 10 Uhr,
in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.
Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Kassiers.
3. Neuwahl des gesamten Vorstandes.
4. Innere Vereinsangelegenheiten.
Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mit-
glieder.
Alle Mitglieder werden dringend ersucht zu
erscheinen.
Der Vorstand.

**Verein zur Regelung der gewerb-
lichen Verhältnisse der Töpfer
Berlins.**
Der Arbeitsnachweis
befindet sich Dresdenerstraße 116 bei Wendt.
Die Arbeitszuweisung ist unentgeltlich, auch
an Nichtvereinsmitglieder und geschieht
an Wochentagen von 8—9 Uhr Abends, Sonntags
von 11 bis 12 Uhr Vormittags.

**Der Arbeitsnachweis
der
Klavierarbeiter**
befindet sich nach wie vor Waldemarstr. 61 im
Restaurant Zilm, vorm. Pfister. Die Adressen-
ausgabe findet jeden Abend von 8—9 1/2 Uhr und
Sonntags Vormittags von 10—11 1/2 Uhr
unentgeltlich statt.

**Arbeitsnachweis
der Maler**
früher Ritterstr. 123 bei Sodite, jetzt
Dresdenerstr. 116 (Restaurant Wendt).
Jeden Abend von 8—9 Uhr (außer Sonnabends)
und Sonntags Vormittags von 10—12 Uhr un-
entgeltliche Arbeitsvermittlung.
Die Bevollmächtigten der Filiale I.
Ehrenerklärung.
Die Anfangs Juni d. J. gegen den Vorstand
des Fachvereins der Tischler ausgesprochene Be-
leidigung nehme ich zurück.
Robert Labens, Tischler,
Großbeerenstr. 27a.

**Quittungsmarken &
Kautschukstempel-Fabrik**
von [46]
Conrad Müller
Schkenditz-Leipzig
empfiehlt sich allen Arbeitervereinen,
Krankenkassen u. s. w.
Ausführung sauber und schnell.
Preislisten gratis und franco.

Empfehle meinen
Großen, kräftigen Mittagstisch a 40 Pf.
Abendstisch a 30 Pf.
und bitte um geneigten Zuspruch.
H. Hoffmann,
Kaiserstraße 4.
Nürnberg.
Abonnements auf die
„Berliner Volks-Tribüne“,
„Berliner Arbeiterbibliothek“,
nimmt entgegen und versichert pünktliche Zu-
stellung
Konrad Herrmann,
Ohmstr. 2 III.
Carl Breder,
Kauferstraße 5. II.

**Fachverein der Buchbinder
und verw. Berufsgenossen.**
Montag, den 16. Sept., Abends 8 1/2 Uhr,
Vereinslokal, Annenstr. 16 (Luisenst. Klubhaus).
Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag und Diskussion über „Darwin's
Lehre von der Abstammung des Menschen.“
Referent: Herr Bölsche.
2. Verschiedenes und Fragekasten.
Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.
NB. Die Versammlungen finden von nun an
wieder regelmäßig Montags statt.
Der **Arbeitsnachweis** des Vereins
befindet sich Dresdenerstr. 116, bei Wendt und
steht derselbe allen Kollegen zur Verfügung.
Der Vorstand.

Arbeitsnachweis für Tischler.
Der vom Fachverein der Tischler begründete
Arbeitsnachweis befindet sich vom 1. Februar ab
Dresdenerstraße 116,
im Restaurant Wendt. Die Arbeitsvermitte-
lung geschieht für Meister und Gesellen (auch
Nichtmitglieder des Vereins) unentgeltlich.
Die Adressenausgabe erfolgt an Wochentagen
von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr Abends, Sonntags
von 9 bis 11 Uhr Vormittags. Da sich
die vier Kassierer der Ortskrankenkasse der Tischler
und Pianoarbeiter Berlins verpflichtet haben,
sich ihrerseits jeder Adressenausgabe zu enthalten,
ersuchen wir, nur den obengenannten **Ar-
beitsnachweis** zu benutzen. Der Vorstand.
Eine leere Stube mit Kammer in der
Mantelstraße, Nähe der Köpcke's, ist zum
1. Oktober zu vermieten. Näheres in der Exped.
dieses Blattes.